Merseburger Tageblatt
Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 1.80, monatl. 60 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.50 bezw. 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100 Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 15 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern als kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 50 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 233. | Freitag, den 5. Oktober 1917. | 157. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 2 betr.:

1. Verkauf dienstunbrauchbarer Militärpferde und Ausleihen von Militärpferden.
2. Selbsteindeckung der Versorgungsberechtigten mit Kartoffeln.
3. Ortsrichterwahl in Meuschau.
4. Erzeugerhöchstpreis für Eier.
5. Verkehr mit Wild.
6. Sonderzuweisung von Hülsenfrüchten.

Tageschronik

Dünkirchen durch unsere Flieger vernichtet.

Die demokratische Konferenz in Rußland ergebnislos.
Wilson läßt die Friedensfreunde abschlachten.
Tokio von einem Taifun schwer beschädigt.
Hindenburgs Dank und Bitte. (S. Beil.)

Glauben um Geld — Geld um Glauben.

Ein Mahnruf von der Front.

Von Hauptmann Walter Bloem.

Front und Heimat — wir und ihr. Sind die zwei noch eins?

Gebt uns Waffen! In unser Aller Namen hab ich's euch zugerufen vor einem halben Jahre. Millionen unter euch sind dem Rufe gefolgt. Alle — noch längst nicht! Wie weise die Millionen taten, die gegeben haben — die Geschichte des dritten Kriegsjahrs hat's erwiesen. Aisne, Champagne, Arras, Verdun von 1917, Flandern — hei, das war ein ander Ding, als da sie uns anhielten 1916 vor Verdun — da sie anbissen an der Somme! Die Ueber-Materialschlacht — sie hat's nicht geschafft! Denn auch wir hatten jetzt, was wir brauchten. Und hunderttausende junger und alter deutscher Krieger danken's euch, daß sie heut noch Gewehr und Handgranate schwingen, in den glühenden Lauf die Kartusche schieben, euch zum Schutze, statt daß die feindlichen Kriegsmaschinen sie zu Brei zerstampft hätten. Sie haben gefühlt, wie's ist, wenn die zwei eins sind — Heimat und Front — ihr und wir!

Sind wir immer noch eins?!

Wenn die Munitionszüge heranrollten, bis zum Platzen gefüllt mit all dem gräßlichen Zeug, das wir so bitter nötig brauchen, um uns die da drüben vom Leibe zu halten — dann haben Musketier und Kanonier es freudig-stolz empfunden; ja, sie sind mit uns und bei uns, die daheim — ihre Taschen haben sie ausgeleert bis zum letzten Kassenschein, die Kraft ihrer Glieder ausgepumpt bis zum letzten Schweißtropfen, um uns zu helfen im gemeinsamen Riesenkampf.

Aber wenn wir auf Urlaub kamen, dann — haben wir manchmal zweifeln müssen an euch. Ihr starrtet uns frostig an und stelltet sie immer wieder, die häßliche, gedankenlose Frage: wann geht's denn endlich zu Ende?! Als ob's an uns läge, wenn's noch immer weiter geht!!

Und wenn wir von dem erzählten, des unser Herz bis zum Bersten voll war, von unserm Kampf und Sieg, von Wunden und Sterben, von grimmiger Not und herrlicher Kameradschaft, dann hörtet ihr nur mit halbem Ohre hin und erzähltet von euren Brot- und Kartoffelnöten, euren Kleider- und Stiefelnöten, euren Metall- und Papiernöten. Von euren Entzweiungen und Parteiungen, von Scharren und Schieben, von Wucherei und Hamsterei, von Kriegsgewinnen und Kriegssteuern, von Alltagskram und Alltagsdreck . . . Und dann kam ein Gefühl ungeheurer Entfremdung über uns, und manch braver Soldat hat im Kreise seiner Stammtischbrüder von einst in sich hineingeflucht: **Verdammt! Wär' ich erst wieder in meinem Schützengraben!**

Es ist nicht mehr wie im Anfang zwischen uns und euch. Wir haben den Krieg so weit von euch hinweggescheucht, daß ihr den ganzen Ernst unserer Kämpfe nicht mehr fühlt. Wir sind verwandelt durch das furchtbarste Erleben, das jemals über Menschen verhängt war — ihr seid die Alten geblieben.

Soll's so sein?! Wollt ihr, daß ihr, die Heimat, und wir, eure Krieger, wenn wir einst heimkommen, einander nicht mehr verstehen?! Das könnt ihr nicht wollen, das wollt ihr nicht!

Also geht mit uns —den letzten, schwersten Rest des Leidensweges, den wir noch zu wandeln haben. Beweist — beweist uns, daß euer Herz noch immer bei uns ist. Ihr könnt's: indem ihr gebt, immer und immer wieder gebt!

Liebesgabenpakete verlangen wir nicht mehr von euch. Das war einmal — als ihr daheim noch Ueberfluß hattet. So etwas könnt ihr nicht mehr geben, — wir wissen's. Aber Geld — das habt ihr. Ihr verdient — gar mancher unter euch überreich, dieweil wir seit drei Jahren auf Kommißlöhnung stehen. Ihr könnt auf die hohe Kante legen, indes unser Erspartes zusammenschmolz. Ihr habt Boden unter den Füßen, indes wir über'm Abgrund hangen. Gebt — ihr könnt's, und so müßt ihr!

Laßt uns tauschen. Gebt uns euer Geld — und nehmt unseren Glauben!

Unseren wilden, knorrigen, opferstolzen Glauben an den Sieg, der um so härter und heiliger in uns ist, je näher wir dem Feinde, dem Tode stehen. Könntet ihr eure Kämpfer sehen, wie sie hinausstarren in Graus und Nacht, Herz und Auge starr auf das Ziel gerichtet: den Frieden durch den Sieg! Wir wissen, er muß kommen, er ist nah, er ist schon da — wir wissen's und setzen unser alles daran.

Gebt, wie wir geben — und nehmt, wie wir nehmen wollen:

Glauben um Geld — Geld um Glauben!

Vom Kriege

Aus dem Westen

Dünkirchen durch unsere Flieger vernichtet!

Berlin, 3. Oktober. Unsere **Bombengeschwader haben in den letzten Tagen und vor allem während der Nacht- und Tagesstunden des 1. Oktober außerordentliches geleistet. Ihre Angriffe galten, wie gewöhnlich, den militärischen Anlagen und Truppenunterkünften hinter den Hauptkampffronten. Die feindlichen Flughäfen bei Verdun, die schon vor drei Tagen mit solchem Erfolge heimgesucht waren, daß auf drei Häfen langandauernde und weithin sichtbare Brände ausbrachen, wurden neuerdings mit 14 400 Kg. Sprengstoff beworfen. Die Flughäfen, Stapelplätze und Truppenunterkünfte vor der flandrischen Front erhielten in Tag und Nacht fortgesetzten Flügen über 40 000 Kg. Bomben. In St. Omer und Boulogne entstanden starke Brände. Gleichzeitig wurden militärisch wichtige Anlagen in London und in verschiedenen Orten der englischen Küste erneut mit Bomben angegriffen; in London zeugten mehrere Brände von ihrer Wirkung. In der Festung Dünkirchen riefen besonders gute Würfe in der Nacht vom 28. zum 29. September ein Feuer hervor, das an den riesenhaften Vorräten, die hier aufgehäuft sind, reichste Nahrung fand. Nach 24 Stunden stellten unsere Flieger fest, daß der Brand nicht gelöscht war, sondern weiter um sich gegriffen hatte; 48 Stunden später beobachteten sie, daß die Feuersbrunst sich über einen ganzen Stadtteil ausgebreitet hatte, und heute nacht konnten sie melden, daß ganz Dünkirchen ein Raub der Flammen geworden ist. Damit ist ein Hauptstapelplatz des belgisch-englischen Heeres und einer der größten Umschlaghäfen für den Verkehr zwischen England und Frankreich vernichtet.**

Die französische Bestätigung.

Der französische Heeresbericht vom 2. Oktober nachm. meldet: Deutsche Flugzeuge griffen in der vergangenen Nacht erneut die Stadt Dünkirchen an. Die sehr heftige Beschießung verursachte „ernsten Sachschaden". Man meldet zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung. Zur Vergeltung für die Bombenabwürfe der Deutschen über Dünkirchen und Bar-le-Duc warfen unsere Flieger in der Nacht zum 2. Oktober Bomben auf die Städte Suttgart, Trier, Koblenz und Frankfurt a. M. (Also alles offene Städte!)

Feindliche Flieger über Köln und Frankfurt.

Feindliche Flieger überflogen in der vergangenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr das Festungsgebiet von Köln. Bomben wurden nicht abgeworfen. Die Abwehr trat in Tätigkeit.

Amtlich wird mitgeteilt: Am Dienstagabend 10 Uhr 30 Minuten erschienen feindliche Flieger und warfen auf Frankfurt und Umgebung eine größere Anzahl von Bomben ab. Soweit bisher feststeht, sind im Weichbild der Stadt und in verschiedenen Stadtteilen 18 Bomben niedergefallen, die geringen Sachschaden anrichteten. Nach den bisher feststehenden Angaben sind fünf Personen verletzt worden. Um 11 Uhr 35 Minuten war der Angriff beendet.

Die Wichtigkeit der belgischen Küste für England.

„Daily News" vom 26. September schreibt über den Luftangriff vom 21. d. M.: Was die geforderten Vergeltungsmaßnahmen anbetrifft, so rechtfertigt nichts die Annahme, daß diese Erfolg haben werden, und ebensowenig können Gründe für einen Vorschlag beigebracht werden, den jeder anständig denkende Mensch mit Abscheu von sich weisen wird. London muß sich damit abfinden, daß es ein unfehlbares Mittel gegen Luftangriffe augenblicklich nicht gibt. **Die einzige Möglichkeit für eine wirksame Verteidigung liegt in dem Uebergang der belgischen Küste in unseren Besitz.** Inzwischen muß das Publikum sich bewußt bleiben, daß seine Sicherheit in seiner Hand ruht. Die Konzentrierung unserer Abwehrfeuer in und um London schafft für diejenigen, welche sich nicht in Deckung begeben, größere Gefahr als die Flugzeuge.

Luftbombardement auf Calais.

Berlin, 3. Oktober. Aus **Calais berichtet die Pariser Presse: Letzten Donnerstag nachmittag überflog ein deutsches Flugzeug Calais, entfernte sich jedoch infolge heftigen Abwehrfeuers bald wieder. Abends 9 Uhr wurde die Stadt neuerdings mit einer großen Anzahl Bomben belegt, anscheinend von mehreren Flugzeugen. Zahlreiche Personen wurden getötet, viele verwundet. Einige Gebäulichkeiten wurden schwer beschädigt.**

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 3. Oktober. Der starke Feuerkampf in Flandern dauerte auch am 2. Oktober an der Küste sowie zwischen Langemarck und Zandvoorde Tag und Nacht über an und steigerte sich mehrfach zu stärkstem Trommelfeuer, ohne daß bisher feindliche Infanterieangriffe erfolgten. Wiederholt wurde eine größere Anzahl belgischer Ortschaften weit hinter unserer Front ohne jeden militärischen Grund unter planmäßiges feindliches Zerstörungsfeuer genommen. Unsere Artillerie setzte die Bekämpfung feindlicher Anlagen wirksam fort. An der Straße Ypern-Menin gesichtete feindliche Tanks wurden unter Feuer genommen. Gegen unsere neu gewonnene Linie nordwestlich Gheluvelt hatte der Feind im Laufe des 1. Oktober sechs starke Gegenangriffe angesetzt, die sämtlich in unserem Feuer und im Nahkampfe gescheitert waren. Auch am Vormittage des 2. Oktober setzte er seine Gegenangriffe fort, die ebenfalls sämtlich abgewiesen wurden. Nach übereinstimmenden Meldungen hat der Gegner hierbei außerordentlich starke Verlust erlitten.

An der Arrasfront und in Gegend St. Quentin war auch am 2. Oktober die Artillerietätigkeit vorübergehend gesteigert. In der Stadt entstanden mehrfach Brände. Auch am Chemin-des-Dames wurde im Laufe des Nachmittags die Feuertätigkeit lebhafter. Während nördlich Prunay eigene Stoßtrupps Gefangene einbrachten, wurde am Keilberg vorstoßender Feind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0001

abgewiesen. Westlich der Maas rannte der Gegner achtmal teilweise nach vorhergehendem starken Trommelfeuer in breiten starken Gegenangriffen gegen die von uns genommenen Gräben am Nordhange der Höhe 344 an. Er wurde jedesmal unter besonders großen Feindverlusten abgewiesen. Weitere hohe Verluste erlitt der Franzose dadurch, daß seine Bereitstellungen zu diesen Gegenangriffen frühzeitig erkannt und unter zusammengefaßtes Vernichtungsfeuer genommen wurden. Auch nächtliche Angriffe gegen unsere neugewonnene Linie hatten keinen Erfolg und steigerten nur die feindlichen Verluste. Außer den 150 Gefangenen, die zwei Divisionen angehörten, wurde eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet. Das Artilleriefeuer auf diesem Kampffelde blieb dauernd stark.

Die „finanzielle Einheitsfront".

Lugano, 2. Oktober. „Ag. Volta" versichert, dieser Tage sei zwischen den Verbandsstaaten die finanzielle Einheitsfront endlich verwirklicht worden. Es seien genaue Vereinbarungen beschlossen worden, die in gleichzeitigen großen Kreditoperationen in jedem der verbündeten Länder Ausdruck finden würden. Bei diesen Verhandlungen habe der Vertreter Italiens, Schatzmeister Carcano, die Hauptrolle gespielt. (Das ist ein Selbstbetrug der Eitelkeit. Gleichzeitige Finanzoperationen bei der Entente bedeuten noch keine Gemeinsamkeit; auf letztere aber kommt es an.)

Genf, 2. Oktober. Die französische Regierung befindet sich in großer Geldverlegenheit. Der Finanzminister hat nun beschlossen, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Summe der Vorschüsse, die die Bank von Frankreich dem Staat gewähren darf, neuerdings erhöht wird. Der Senat, der sich bis Mitte Oktober vertagt hatte, ist dringend einberufen worden, um heute noch diesen Gesetzentwurf anzunehmen, der aber möglicherweise in der Kammer auf Widerstand stoßen wird. (Frkf. Ztg.)

Der Ausstand der englischen Industriearbeiter unabwendbar.

Basel, 2. Oktober. Aus London wird gedrahtet: Die Regierung ist eifrig bemüht, einen Streik von über 100 000 Arbeitern der Bergwerks-, Metall- und Maschinenindustrie zu verhindern. Sozialistische Parlamentsmitglieder bezweifeln, daß es ihr gelingen werde, die Arbeiter mit Versprechen zu befriedigen, da verschiedene Arbeitergruppen der Wunsch nach Frieden zum Anschluß an die allgemeine Bewegung veranlaßt hat. Es heißt, es werde der Regierung nicht gelingen, die stets größer werdende Teuerung für die Lebensmittel aufzuholen, wodurch die Unzufriedenheit der Arbeiter eher zu als abnehmen wird.

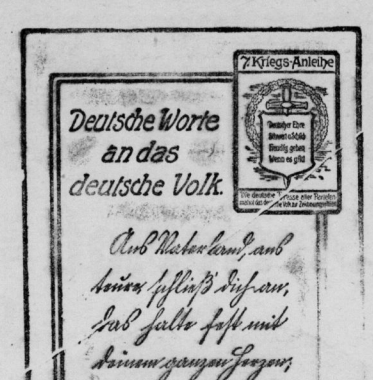
Gewissensfragen in England.

Bern, 2. Oktober. „Manch. Guard." bringt folgende mit Hobson unterzeichnete Zuschrift: Asquith hat in seiner Rede in Leeds die deutsche Antwort auf die Parsinote als von nebelhaften, haltungsvollen Gemeinplätzen strotzend bezeichnet. Aber ist seine eigene Feststellung unserer Kriegsziele frei von Zweideutigkeit und Zurückhaltung? Mit Recht befand er vor einigen Wochen auf der Herausgabe Belgiens als Prüfstein ernsthafter Friedensabsichten. Jetzt fügt er die Zurückgabe Elsaß-Lothringens als eine ebenso wichtige Forderung hinzu. Wir sind um Belgiens, nicht um Elsaß-Lothringens willen in den Krieg gezogen.

Ferner heißt's nicht nur, daß, worüber alle Welt einig ist, Serbien wiederhergestellt werden, sondern daß es den Raum erhalten muß, auf den es für sein sich ausdehnendes nationales Leben Anspruch hat. Ist eine Vergrößerung Serbiens eins unserer notwendigsten Kriegsziele, müssen wir den Krieg fortsetzen, bis es erreicht ist? Ebenso sind die nicht näher bezeichneten „gerechten Ansprüche Italiens und Rumäniens ein nebelhafter Gemeinplatz. Dasselbe trifft zu hinsichtlich der Bezugnahme auf die „Gebietsabtretungen in Mittel- und Osteuropa, die durchaus künstlich sind" und eine Berichtigung erlangen sollen. Schließlich ist es unmöglich, die deutschen Kolonie mit Stillschweigen zu übergehen. Sind sie einfach als gleichzeitige Nebensachen anzusehen, die unserm Reiche als natürliche Kriegsbeute hinzuzufügen wären? Diese Zurückhaltung wäre belanglos, wenn nicht Asquith den Hauptnachdruck auf eine friedliche Zukunft auf Grund einer weltweiten Föderation legte, welche eine Beteiligung der Mittelmächte bedingt. Seine Feststellung der Kriegsziele enthält indessen keine ausdrückliche Zurückweisung der wirtschaftlichen Drohungen der Pariser Konferenz obschon letztere Politik offensichtlich mit dem Gedanken einer friedenerhaltenden Föderation unvereinbar ist. Dabei wird eine Grundfrage regelmäßig in allen neueren Feststellungen der Kriegsziele umgangen. Angenommen, die gegenwärtige deutsche Regierung gäbe eine offene, annähernd befriedigende Antwort auf unsere wesentlichen Fragen, würden die Ententeregierungen dann bereit sein, in sofortige Verhandlungen einzutreten? Oder ist ein vollständiger militärischer Sieg die unumgängliche Vorbedingung für Verhandlungen? Wenn dies der Fall ist, so ist die ganze Diskussion einzelner Friedensbedingungen bloße Zeitvergeudung. Andernfalls: Warum läßt man zu, daß mangels einer deutlichen Erklärung über diesen Punkt in unseren einflußreichen Zeitungen gewisse Politiker den deutschen Zingoisten in Gestalt von englischen Forderungen nach einem erdrückenden militärischen Siege, dem ein wirtschaftlicher Krieg folgen soll, Hilfsmittel zur Stärkung des Widerstandes jener Nationen liefern?

England und Zar Nikolaus.

Die „Saturday Review" vom 15. September schreibt: „Es ist wirklich amüsant zu sehen, welchen Zorn die Presse gegen den Zaren schürt, weil er zwischen 1905 und 1908 ein Bündnis mit dem deutschen Kaiser suchte. Die Herren, die diese Artikel geschrieben haben, müssen entweder sehr jung sein oder ein recht schlechtes Gedächtnis haben. Haben sie vergessen, daß bis vor einigen Jahren Rußland von allen englischen Staatsmännern (außer Gladstone) als das schwarze Schaf, der nicht zu besänftigende Feind und der gefährliche Rivale im fernen Osten angesehen wurde? In der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts war unsere ganze indische Grenzpolitik einschließlich der beiden letzten afghanischen Kriege auf Feindschaft gegen Rußland gegründet. Haben sie die Zwischenfälle von China, Merv und Pendjeh vergessen, als selbst Gladstone, der Erzpazifist, im Unterhause eine Anleihe von 11 Millionen beantragte, um gegen Rußland zu rüsten? Zur Zeit des Berliner Kongresses war es das besondere Verdienst Lord Beaconsfields, Rußland von den Toren von Konstantinopel zurückgedrängt zu haben. 10 Jahre vor 1905, dem Zeitpunkt des schändlichen Bündnisversuches des Zaren mit dem Kaiser, versuchte England genau dasselbe zu machen. Zur Zeit der Zwischenfälle von Tonkin und Jalchode, als wir um ein Haar Krieg mit Frankreich bekamen, waren Herr Chamberlain und Lord Salisbury aufs äußerste bemüht, zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen, so sehr, daß Herr Asquith unsere auswärtige Politik als eine „Beteiligungsmatie" bezeichnete. Eine nur sehr geringe Kenntnis der jüngsten Geschichte müßte doch diesen Herren, die die öffentliche Meinung zu erziehen versuchen, zeigen, wie töricht es ist, den Zaren einer Tat oder eines Gedankens zu zeihen, die wir selbst erwogen. Unser Gesichtspunkt ist, daß im Jahre 1914 der russische Zar unser loyaler und wirksamer Bundesgenosse war und daß wir ihn in der Stunde seiner Not niederträchtig im Stich ließen, um uns vor der, unserer Meinung nach, aufgehenden Sonne der Demokratie zu verbeugen."



Aus dem Osten

Widersprüchvolle Ergebnisse der demokratischen Konferenz.

Basel, 3. Oktober. „Daily Mail" meldet aus Petersburg: Die demokratische Konferenz hat mit 610 gegen 585 Stimmen den Antrag der Maximalisten auf eine Kundgebung für sofortige Friedensverhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Petersburg, 3. Oktober. (P. T.-A.) Nachdem die Liste der Redner erschöpft war, erklärte der Vorsitzende Tscheidse, die Versammlung werde zuerst über die Formel „Für oder gegen eine Koalition" abzustimmen haben, darauf über zwei andere, nämlich 1. eine Koalition mit der Kadettenpartei und 2. eine Koalition allein mit Geschäftsträgern der Kadettenpartei. Mit 766 gegen 688 Stimmen sprach sich die demokratische Konferenz für die Koalition aus. Da sich aber bei der Unterabstimmung über die Art der Zusammenarbeit mit den Kadetten keine Mehrheit fand, wurde bei der nochmaligen Abstimmung die Idee der Koalition überhaupt mit 813 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Petersburg, 3. Oktober. (P. T.-A.) Nach den sich widersprechenden Beschlüssen für und gegen eine Koalition entschied die demokratische Konferenz, daß das beträchtlich durch Vertreter aller Parteien verstärkte Bureau am Nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten solle, um die Mittel zum Ausgleich der Widersprüche zu suchen und die Einheit des demokratischen Willens zu verwirklichen. Gleichzeitig nahm die demokratische Konferenz einstimmig eine Entschließung an, sich nicht eher aufzulösen, als bis sich die Regierungsgewalt in einer für die Demokratie annehmbaren Form gebildet habe.

Kerenskis Rücktrittsbereitschaft.

Karlsruhe, 3. Oktober. Der Mailänder „Secolo" meldet aus Paris: Kerenski gab auf der demokratischen Konferenz die Versicherung ab, daß er sofort zurücktreten werde, wenn es der freie Volkswille verlange, und daß er seine Bemühungen zu einem für Rußland ehrenvollen Friedensschluß im Verein mit den Alliierten fortzusetzen entschlossen sei.

Ein Ultimatum der russischen Flotte.

Die P. T.-Ag. meldet: Da der Hauptausschuß der Flotte an das Marineministerium mehrere Forderungen gerichtet hatte, die den Charakter eines Ultimatums tragen, ordnete Marineminister Admiral Werderewski seine Auflösung und die Wahl eines neuen Ausschusses an. Als die Versammlung der Vertreter der Besatzungen der Ostseeflotte davon erfuhr, nahm sie eine Entschließung an, in der gegen die Auflösung protestiert und erklärt wird, daß sie den Ausschuß unterstützen werde. Sie forderte den Minister auf, den Konflikt „auf freundschaftliche Weise zu regeln".

Wieder 31 russische Kommandeure abgesetzt.

Petersburg, 3. Oktober. (P. T.-A.) Im Zusammenhang mit der Bewegung Kornilows veröffentlicht die Regierung die Entlassungen bezw. Versetzungen von 31 Korps-, Divisions- und Regimentskommandeuren.

Die russischen Eisenbahner fordern Lohnerhöhung.

Petersburg, 3. Oktober. (P. T.-A.) Da die Eisenbahner weiter energisch auf eine Lohnerhöhung sowie Berücksichtigung ihrer Ansprüche bestehen und in gewissen Gegenden mit einem Ausstande drohen, hat die Regierung angeordnet, die Löhne dringend zu überprüfen und Mittel zu suchen, um die Verpflegung der Eisenbahner unabhängig von dem für das Land angenommenen System durchzuführen. Gleichzeitig verfügte die Regierung eine dringende Revision der Eisenbahntarife, um die Mittel für die ungeheuren Kosten aufzubringen, die eine Lohnerhöhung mit sich bringen würde.

Der Seekrieg

Neue U-Boots-Erfolge.

Berlin, 3. Oktober. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Aermelkanal und in der Nordsee: Vier Dampfer, ein Segler, ein Fischerfahrzeug, darunter drei bewaffnete Dampfer und der neue englische Segler „Independence". Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, ein anderer war von Aussehen des englischen Dampfers „Kendal Castle" (3885 To.).

Eines unserer kürzlich zurückgekehrten U-Boote berichtet nähere Einzelheiten über eine besonders langwierige Versenkung. Dieses Boot, das betreffende Boot, während es am Westausgang des englischen Kanals kreuzte, an einem Morgen einen von Südwesten kommenden, aus drei großen Dampfern bestehenden Geleitzug gesichtet, der von einem Vier-Schornsteinkreuzer und drei Zerstörern begleitet war. Bis um 3 Uhr nachmittags begleitete das U-Boot unbemerkt die feindlichen Schiffe, ohne daß sich eine Angriffsmöglichkeit ergab. Erst als die Begleitung in Richtung Plymouth verschwunden und durch 12 U-Bootsjäger abgelöst war, konnte der Angriff auf die in Ost-West-(Quer-)Linie fahrenden Handelsdampfer angesetzt werden. Inmitten des Schwarms von Begleitschiffen wurde aufgetaucht und um 5 Uhr nachmittags der größte, am weitesten rechts stehende Dampfer, ein grau gemalter und die englische Kriegsflagge führender Transportdampfer von etwa 5000 To. durch Torpedoschuß versenkt. Die Gegenwirkung machte sich sogleich in der Nähe des auf Tiefe gegangenen Bootes durch mehrfache, kräftige Detonationen von Wasserbomben bemerkbar, die aber dem Unterseeboote nichts antun konnten.

Ein englisches Großflugboot vernichtet.

Berlin, 3. Oktober. Seekampfflugzeuge der flandrischen Küste haben unter der bewährten Führung des Oberleutnants zur See Christiansen am 1. Oktober abends vor der Themsemündung ein englisches Großflugboot abgeschossen und vernichtet.

Der Krieg gegen Italien

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. Oktober. Im Gariele-Abschnitt flammten gestern die Infanteriekämpfe neuerlich auf. Starke feindliche Kräfte stürmten gegen unsere Stellungen. Der Gewinn eines schmalen Grabenstückes am Westhang des Berges bildete für die Italiener das einzige Ergebnis ihrer verlustreichen Angriffe.

Der Krieg mit Amerika

Der Frieden muß erzwungen werden!

Bern, 2. Oktober. In der Generalkonferenz der unitarischen Kirchen der Vereinigten Staaten und Kanada in Toronto äußerte sich der ehemalige Präsident William Howart Taft über die Kriegsziele der von ihm geleiteten „Liga zur Erzwingung des Friedens". Die Kriegsziele der Entente erscheinen ihm mit denen der Liga vollständig identisch. Es handle sich darum, den Frieden zu erzwingen, zu erobern und nicht zu erhandeln. Die Aufrechterhaltung der militärischen und maritimen Rüstung Deutschlands muß verhindert werden. Ein Verständigungsfriede wäre der schwerste Schlag für die Zukunft der Zivilisation. Dieser Krieg dürfe nur mit einem starken Siege der Entente endigen. Die unitarische Konferenz schloß sich diesen Ausführungen mit 263 gegen 9 Stimmen vorbehaltlos an.

Damit hat die berühmte Taftsche „Friedensliga" endlich Farbe bekannt. Bei ihrer Gründung vor zwei Jahren fand sie unter den aufrichtigsten Pazifisten aller europäischen Staaten lebhafte Zustimmung. Im Laufe der letzten Monate ist es immer klarer geworden, daß Taft und seine „Pazifisten" mit ihrer Friedensliga nichts anderes als eine neue „heilige Allianz" zwischen England und Amerika gemeint haben.

Politische Morde in Wilsons Interesse.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Lage an der Westküste Amerikas hat durch die im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern, Arbeitern und der Regierung erst zu einer teilweisen Entspannung der Lage geführt. Die Schiffbauer haben die gesorderte Lohnerhöhung von 5 Prozent zugebilligt erhalten und darauf nach dreiwöchigem Streike die Arbeit in den Werften um San Francisco wieder aufgenommen. Gegenwärtig streiken noch etwa 150 000 Mann, deren Forderungen noch nicht bewilligt sind. Infolge der nunmehr zur Tatsache gewordenen Einführung des Achtstundentages in den Werftbetrieben mußte die Dreischichtzeit eingeführt werden, was eine ungeheure Belastung der Schiffsbauaktien verursacht. Die Unruhengefahr ist an der Westküste noch keineswegs behoben. Die Regierung hat scharfe militärische Sperrmaßnahmen angeordnet. In San Francisco wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In San Francisco ereigneten sich kurz hintereinander aufsehenerregende Morde an politischen Persönlichkeiten, die als entschiedene Gegner der Wilsonschen Kriegspolitik bekannt waren. So wurde der Arbeiterführer Jeffris in seiner Wohnung plötzlich ermordet aufgefunden, ferner der Vorsitzende der amerikanisch-pazifistischen Gesellschaft Tom Larkins. Auch in New Orleans nehmen die politischen Morde überhand. Man spricht allenthalben davon, daß es sich um eine regelrechte Organisation zur Ermordung der hervorragenden Kriegsgegner handelt. Auch die Senatoren Lewis und Stone erhielten Drohbriefe.

Wie Amerika die Bürger eines neutralen Staates behandelt.

Der „Nieuwe Courant" berichtet in seiner Abendausgabe vom 6. September: „Von einem Holländer aus Newyork haben wir einen Brief erhalten, in dem mit Entrüstung von der Behandlung erzählt wird, die Holländer, welche in Java geboren sind, auf ihrer Durchreise in Newyork erfahren haben. Laut diesem Brief muß seit dem 1. Mai eine Bestimmung gelten, nach der in Indien geborene Holländer nicht in Newyork an Land gehen dürfen, sondern nach Ellis-Island gebracht werden. Von Reisenden der „Rieuw Amsterdam", die am Freitag, den 13. Juli, in Newyork eintrafen, wurden vierzig nach Ellis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0002

Island geschickt. Dem Verwandten eines dieser Passagiere gelang es, nach Ellis-Island zu kommen. Er schilderte uns den Zustand, in dem er seinen Neffen dort antraf, in den schrecklichsten Farben. Er fand ihn in einem Gefängnis schlimmster Art. In einem Saal waren an 500 Männer, Frauen und Kinder zusammengepfercht. Gelegenheit zum Sitzen war nicht vorhanden. Der Fußboden war unbeschreiblich schmutzig. Die holländischen Reisenden waren hier mit den Ausgestoßenen aus allen Winkeln Ost-Europas, mit Negern und lästigen Ausländern gefangen gesetzt. Es herrschte ein unerträglicher Gestank. Am Sonntag war der holländische Konsul aus Newyork dort gewesen. Seine Bemühungen zur Befreiung der Holländer waren erfolgreich, denn nach dreitägigem Aufenthalt in dieser Hölle wurden sie entlassen. Die Art und Weise, mit der die Holländer von den amerikanischen Behörden behandelt wurden, läßt sich nicht beschreiben. Sie wurden in einem Schlafsaal gehalten, der von Ungeziefer wimmelte. Sie wurden abends um ½8 Uhr nach den Schlafplätzen gejagt, die dreifach übereinander angeordnet waren. Um ½5 Uhr morgens kam ein Neger mit einem Stock, um die wie Tiere behandelten Menschen wieder aus ihren Betten zu treiben. Das Essen, das die Reisenden erhielten, war widerwärtig. Die Kabinette waren durch Unsauberkeit unbrauchbar geworden." Diese Zivilisation Wilsonscher Färbung soll jetzt die Welt beglücken!

Wie der „neutrale" Wilson unsere Depeschen stahl.

Berlin, 3. Oktober. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt über den Bericht des deutschen Gesandten in Mexiko und die amerikanische Neutralität: Vor kurzer Zeit veröffentlichte der amerikanische Staatssekretär Lansing einen Bericht, den angeblich der kaiserliche Gesandte in Mexiko an seine Regierung gerichtet habe, und in dem der frühere schwedische Geschäftsträger erwähnt ist. Es wurde festgestellt, daß ein solcher Bericht den hiesigen amtlichen Stellen nicht bekannt ist. Im „Daily Tel." vom 15. September 1917 und anderen Zeitungen lesen wir nun die Mitteilung, daß der von Lansing in seiner Enthüllung veröffentlichte Bericht vom 9. März 1916 datiert sei, und daß er sich anscheinend bereits lange Zeit im Besitz der amerikanischen Regierung befinde. Wenn man hiermit die Tatsache zusammenhält, daß eine Reihe von Berichten des deutschen Gesandten in Mexiko aus dem Jahre 1916 ihren Bestimmungsort nicht erreicht haben, so ist anzunehmen, daß die amerikanische Regierung bereits zu der Zeit, wo die Vereinigten Staaten von Amerika noch im vollen Frieden mit Deutschland lebten, und ihre Vertreter sich einander in Versicherungen der Unparteilichkeit und aufrichtigen Neutralität gegenüber allen Kriegführenden überboten, systematisch amtliche Berichte des Gesandten in Mexiko entwenden ließen. Dieser allen Gundsätzen des Völkerrechts und der Neutralität widersprechende Postraub ist jedenfalls der beste Kommentar zu den hochtrabenden Erklärungen, mit denen Wilsons Eintritt in den Weltkrieg begründet und in denen er sich als Vorkämpfer für die Herrschaft des Rechtes in der Welt hinzustellen versucht hat!!

Wie Amerika sein Ausfuhrverbot „rechtfertigt".

Das holländische Nieuwe Bureau erfährt aus Washington: Es wird keine Erlaubnis mehr zur Ausfuhr nach neutralen Ländern erteilt, so lange die neutralen Länder Feltwaren in bisherigem Umfang weiter nach Deutschland ausführen. Die amerikanische Regierung hat Kenntnis von dem deutsch-holländischen Abkommen erhalten, aus dem hervorgeht, daß Deutschland unbedingt auf Fettlieferungen aus Holland angewiesen ist. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover, sagte, Holland und die skandinavischen Länder hätten soviel Fett nach Deutschland gesandt, daß dadurch das ganze deutsche Heer an der Westfront(?!) versorgt werden könne.

Die englische Lebensmittelkommission in Amerika.

Newyork, 2. Oktober. (Reuter.) Die britische Lebensmittelkommission traf hier ein, um mit dem amerikanischen Lebensmittelkontrolleur zu beraten, wie die in Amerika vorhandenen Lebensmittelvorräte unter die Armee und die Zivilbevölkerung zu verteilen seien.

Von den Kolonien und Übersee

Englischer Bericht aus Ostafrika.

Am 1. Oktober fand ein ernstes Gefecht an der Straße Lindi-Massassi, etwa 40 Meilen südwestlich von Lindi, in einem Gebiete statt, in dem unsere Truppenabteilungen trotz der natürlichen Geländeschwierigkeiten und des hartnäckigen Widerstandes des Feindes ständig Fortschritte gemacht haben. Starke Gegenangriffe der feindlichen Streitkräfte in diesem Gebiet wurden zurückgeschlagen; unsere Truppen behaupteten das gesamte gewonnene Gebiet. Nördlich der Zentralesisenbahn wurde eine aus 15 Europäern, 160 Mann eingeborener Truppen und einigen hundert Trägern bestehende deutsche Abteilung, die eine geraume Zeit einen planlosen Kleinkrieg in den nördlichen Gebieten geführt hatte, 75 Meilen südwestlich von Kondoa Irangi gezwungen, sich unseren südafrikanischen Truppen zu ergeben, nachdem sie mehrere Tage eng eingeschlossen war. Aus den anderen Gebieten ist nichts zu berichten. (Die erwähnte deutsche Abteilung ist wahrscheinlich ein Teil der im März d. J. aus der Gegend nordöstlich des Nyassasees nach Durchbrechung der englischen Linien auf Tabora vorgestoßenen Abteilung Wintgens. Diese überschritt seinerzeit nach der Gefangennahme ihres Führers die Zentralbahn bei Manlongwa südöstlich Tabora, und erreichte über Mkalama, den Nyassa-See nördlich umgehend, die Gegend westlich des Meruberges von wo sie sich wieder nach Süden wandte. Ihre Verfolgung durch kongo-belgische Truppen war seinerzeit schon englischerseits gemeldet worden.)

Tokio durch Taifun verheert.

Tokio, 3. Oktober. (Reuter.) Ein Taifun von nie dagewesener Stärke hat Tokio Montag am frühen Morgen verheert. 100 000 Menschen sind obdachlos, hunderte wurden getötet, verletzt und werden vermißt.

Die Neutralen

Branting für die Neutralität Schwedens?

Nach schweizer Meldungen aus Stockholm wurde am Montag der Sozialistenführer Branting zum weiten Male vom König empfangen. In einer sozialistischen Wahlversammlung am Sonntag hielt Branting eine Ansprache, in der er die Neutralität Schwedens als höchsten Grundsatz aller Parteien bezeichnete.

Man denke: Der Ententesäugling Branting als Neutraler.

Argentinien bleibt neutral.

Basel, 2. Oktober. Wie Havas aus Buenos Aires meldet, ging die Parlamentssession zu Ende. Der Präsident hat somit von gestern an volle Handlungsfreiheit. Man versichert, daß er den Belagerungszustand erklären wird, um den Streik zu unterdrücken und eine Agitation zugunsten des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland aufzuhalten. Freunde des Präsidenten versichern, daß er die Neutralität des Landes aufrechterhalten wird. Die Organe des Präsidenten änderten plötzlich ihre Haltung, die früher einem Bruch geneigt waren.

Belagerungszustand in Argentinien.

Basel, 3. Oktober. „Morninng Post" meldet aus Buenos Aires: Der Präsident unterzeichnete das Dekret auf Verhängung des Belagerungszustandes über die Republik. Zwei Jahrgänge Heeresreserven wurden einberufen.

Costarica gegen Deutschland.

Berlin, 3. Oktober. Infolge einer amtlichen Mitteilung der spanischen Regierung hat die Regierung der Republik Costarica die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche abgebrochen. Wegen Uebernahme des Schutzes der deutschen Interessen durch eine neutrale Macht ist das Erforderliche in die Wege geleitet.

Uebereinkommen Deutschlands mit den Niederlanden in der Kohlenfrage?

Nach einer Mitteilung der „Possn. Ztg." sei es der Niederländischen Regierung gelungen, mit Deutschland in der Frage der Kohlenlieferung eine Einigung zu erzielen.

Aus Stadt und Umgebung

Den Heldentod fürs Vaterland

starb Syndikus Dr. jur. Adolf Baenitz, Unteroffizier und Offizier-Aspirant, bei einem Sturmangriff im Osten. Ehre seinem Andenken!

Personalien.

Herr R. Saueracker vom hiesigen Kreiseinkauf erhielt vom Regierungspräsidenten persönlich das Verdienstkreuz für Kriegshilfe überreicht. Herr Saueracker ist auch Inhaber des Lippischen Kriegsverdienstkreuzes am weißen Bande.

Fleischermeister Wiemann von hier feiert heute sein 25jähriges Meisterjubiläum.

Landwirt Franz Schlegel wurde zum Ortsrichter für die Gemeinde Meuschau auf die Dauer von sechs Jahren wiedergewählt und vom hiesigen Landrat bestätigt.

Deckt euch mit Kartoffeln ein!

Die ursprüngliche Verordnung über die Kartoffelversorgung verbot den unmittelbaren Bezug von Kartoffeln durch den Verbraucher vom Erzeuger. Trotzdem dies dann aufgehoben wurde, schreitet die Eindeckung der Verbraucher mit Kartoffeln nicht in dem gewünschten Maße vorwärts. Es wird dies darauf zurückgeführt, daß die Landwirte die Kartoffeln lieber in größeren Mengen an die Kreiskartoffelkommissionäre verkaufen. In einer Bekanntmachung in der heutigen Nummer des Kreisblattes weist der Königliche Landrat darauf hin, daß demgegenüber der Kreis selbst das dringendste Interesse daran hat, daß die Verbraucher sich in möglichst großem Umfange mit Kartoffeln eindecken. Deshalb hat er die Kreiskartoffel-Kommissionäre angewiesen, dem Bestreben der Verbraucher nach Selbsteindeckung nichts in den Weg zu legen. Der Kartoffelerzeuger wird also gut tun, in Zukunft den Verbraucher vor dem Kreiskartoffelkommissionär zu befriedigen.

Ein neuer Ofen für das städtische Gaswerk

soll angeschafft werden. Die Unkosten sollen 100 000 Mark betragen. Näheres über diese Magistratsvorlage, die der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorliegt, werden wir unseren Lesen morgen bringen.

Der Erzeugerhöchstpreis für Eier

ist für den Bereich der Provinz Sachsen auf 25 Pfg. das Stück festgesetzt worden.

Amtliche Bekanntmachungen

über Sonderzweisung von Hülsenfrüchten, das Verbot der Zertrümmerung von Gütern, den Verkehr mit Mild, Verkauf dienstunbrauchbarer Militärpferde, Arbeitspflicht, Höchstpreise für Schlachtschafe u. a. m. befinden sich im heutigen Inseratenteil unseres Blattes.

Rohfleisch- und Fleischwarenverkauf

findet morgen bei Hoffmann, Obere Breitestraße, statt.

Lehrgang über Obstschnitt und Obstbaumpflege.

Nach Mitteilung des hiesigen Königlichen Landrats sollen im Laufe des Winters in den Gemeinden Lehrgänge über Obstschnitt und Obstbaumpflege abgehalten werden.. Näheres siehe Bekanntmachung.

Aenderungen im Schalterdienst des Postamts in Merseburg.

Vom 8. Oktober ab werden die Annahmeschalter des Postamts an den Werktagen nur noch von 9—12 Uhr vorm. geöffnet sein. (Das kann ja nett werden! D. R.)

Die Goldankaufsstelle

der Sächsischen Provinzialbank für Stadt und Kreis Merseburg hat in fünfvierteljähriger Tätigkeit Goldwaren im Gewichte von rund 23,50 Kilogr. angekauft.

In der Funkenburg

fand gestern ein Konzert vom Rohland-Orchester von Halle unter Mitwirkung der Konzertsängerin Kleinlein statt. Die Kapelle wie die Sängerin ernteten lebhaften Beifall. Die musikalische Leitung lag in den Händen des Kapellmeisters Kipke. Besonders gefielen die Ouvertüre zur Oper „Zampa", Arie a. d. Oper „Margarete" und „Unter einem Fliederbaum" aus dem Singspiel „Das Dreimäderlhaus".

Merseburg-Schafstädt.

Vom nächsten Dienstag, den 9. Oktober, kommen die Züge 8895 (W.) Merseburg (ab 2.25 nachm.)—Schafstädt (an 4.04 nachm.) und 8800 (W.) Schafstädt (ab 5.00 nachm.)—Merseburg (an 6.59 abends) in Fortfall. Vom gleichen Tage ab werden die jetzt nur Sonntags verkehrenden Personenzüge 2087 (S.) Merseburg (ab 2.25 nachm.)—Schafstädt (an 3.19 nachm.) und 2092 (S.) Schafstädt (ab 6.31 nachm.)—Merseburg an 7.26 abends) täglich vorgesehen. Der Fahrplan des Zuges 2087 ändert sich wie folgt: Merseburg (ab 1.50 nachm.), Knapendorf (ab 2.04), Milzau (ab 2.11), Lauchstedt (ab 2.20), Groß-Gräfendorf (ab 2.30) und Schafstädt (an 2.38 nachm.). Der Fahrplan des Zuges 2092 bleibt unverändert.

Handel—Verkehr—Volkswirtschaft.

Keine neuen Braunkohlenschächte.

Der Magistrat in Calbe a. d. S. hatte sich an den Minister für Handel und Gewerbe gewandt, in der Flur Calbe, wo der Staat mächtige Braunkohlenfelder erbohrt hat, unverzüglich den Bau eines Braunkohlenbergwerkes in Angriff zu nehmen. Der Minister hat jedoch jetzt abgelehnt und zwar mit dem Hinweise, das nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden seien, zumal die ersten Arbeiten beim Bau eines Kohlenschachtes unproduktiv wären. Im Interesse der besseren Ausnutzung der vorhandenen Kräfte läge es, alle verfügbaren Arbeitskräfte gegenwärtig den bestehenden Kohlenschächten zur Verfügung zu stellen und von Neubauten Abstand zu nehmen.

Der Norddeutsche Zementverband G. m. b. H. Verkaufsstelle Halle,

der die Mitteldeutschen Zementwerke umfaßt, hat sein Stammkapital nunmehr auf 600,200 Mk. erhöht.

Letzte Depeschen

Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 4. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die gestrige Kampftätigkeit des Feindes in Flandern glich der an den Vortagen: Tief in das Gelände hinter unseren Stellungen reichendes und auf die belgischen Ortschaften gerichtetes starkes Störungsfeuer, gegen einzelne Abschnitte unserer Kampfzone in der Mitte der Schlachtfront zu heftigster Wirkung in Feuerstößen zusammengefaßt. Die Nacht hindurch hielt vom Houthoulster Walde bis zur Lys der gewaltige Artilleriekampf unvermindert an. Heute morgen steigerte er sich zum Trommelfeuer. Mit dem Einsetzen stärkerer englischer Angriffe im Bogen um Ypern ist die Schlacht von neuem entbrannt. Bei den anderen Armeen war infolge schlechter Beobachtung die Gefechtstätigkeit tagsüber meist auf ein geringes Maß beschränkt. Erst gegen Abend lebte sie auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas setzte bei Einbruch der Dunkelheit schlagartig stärkstes Feuer an der Höhe 344, östlich von Samogneux, ein. Tief gegliedert brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, um die dort von uns gewonnenen Stellungen zurückzuerobern. Der Ansturm brach an der Abwehrwirkung unserer Artillerie und an der zähen Widerstandskraft der Württemberger verlustreich und ergebnislos zusammen.

Lebhafte Artillerietätigkeit entspann sich zeitweilig dicht westlich der Mosel und im Sundgau. Angriffe erfolgten dort nicht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Jakobstadt, Dünaburg und am Zbrucz, sowie am Donau-Knie, bei Galatz, nahm die Feuertätigkeit vorübergehend zu. Erkundungsgefechte verliefen an mehreren Stellen für uns erfolgreich.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Das kostspielige englische Kriegsgeschäft.

Basel, 3. September. Der „Manch. Guard." erfährt, daß der dem Parlament zugegangene neue englische Heereskredit 12½ Milliarden Schilling anfordert.

Die wesschweizer Spionage für Frankreich.

Genf, 3. Oktober. Höchst dunkle Dinge, deren gründliche Aufklärung durch die stets korrekte Schweizer Regierung hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen wird, spielen sich am Genfer See ab. Wenn Genfer Blätter richtig melden, wurde dort vor einigen Wochen mehr als ein Dutzend Personen wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands verhaftet. Die Hauptschuldigen sollen der frühere Ringkämpfer Rehm und ein deutscher Reichsangehöriger namens Otten, der als Reserveoffizier bezeichnet ist, ein. Wie bisher mit Bestimmtheit berichtet wird, ist Otten auf ein Motorboot gelockt, dort „mit Chloroform plötzlich betäubt" und auf das französische Seeufer, nach Hermance, gebracht worden, wo ihn französische Gendarmen bereits erwarteten und ins Gefängnis brachten. Sollte sich das bewahrheiten, so hätte die Schweiz natürlich den allerernstesten Grund, sich mit der Sache zu befassen und von Frankreich Genugtuung und Auslieferung des in unerhörter Weise Vergewaltigten zu fordern. Was die Angelegenheit noch in peinlicher Weise zu verwickeln scheint, das ist der Zusammenhang, der nach Schweizer Blättern zwischen dieser hintertreppenhaften Heldentat und der Genfer Polizei besteht. Die neue Zeitung „Paris-Genève" bemerkte dazu, die Angelegenheit Rehm scheine gewaltigen Umfang anzunehmen und ziehe den Ruf der Genfer Polizei in Mitleidenschaft. Der verantwortliche Schriftleiter dieses Blattes, ein englischer Staatsangehöriger Ruelens-Marlier, ist daraufhin allerdings vom Genfer Justiz- und Polizeidepartement des Landes verwiesen worden. Die Angelegenheit aber wurde dadurch nicht klarer. Noch verwickelter wird sie durch die Verquickung mit dem bisherigen französischen Generalkonsul in Genf, Pascal d'Aix. Die Frau und die Tochter des Generalkonsuls haben sich, wie bereits gemeldet, bei Ouchy, dem Ufervorort von Lausanne, in den See gestürzt, nachdem sie vorher Sublimat genommen hatten. Sie wurden beide lebend in das Lausanner Spital gebracht; die Tochter ist dort gestorben. Die zunächst aufgetretene Begründung, die Damen hätten aus einer Wohltätigkeitskasse 14 000 Frank unterschlagen, wurde von der französischen Gesandtschaft entschieden dementiert. Allgemein ist man in der Schweiz der Ueberzeugung, daß es sich um Spionageschlimmster Art gehandelt habe. Der Generalkonsul ist abgesetzt worden oder zurückgetreten und hat bereits einen Nachfolger erhalten. Die „Feuille" verlangt Aufklärung und schreibt dazu: „Auch die Dienste, die ein Funktionär der Genfer Polizei dieser fremden Organisation geleistet haben soll, gehören ans Tageslicht gezogen. Dementis genügen nicht. Sie lassen systematische Unterdrückung vermuten." Die mehr als ententefreundliche Mehrzahl der wesschweizerischen Blätter hüllt sich in verdächtiges Schweigen. Für eine endgültige Beurteilung von deutscher Seite sind die Dinge offenbar noch nicht reif. Zunächst hat jetzt die schweizerische Regierung das Wort.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung
— über den Verkehr mit Wild. —

Nach der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1917 und der Preußischen Ausführungsverordnung hierzu v. 10. Sept. 1917 wird folgendes bestimmt:

§ 1. **Wild.**

Als Wild im Sinne dieser Verordnung gilt: Rot-, Damm-, Schwarz- und Rehwild, Hasen, wilde Kaninchen und Fasanen.

§ 2. **Ablieferungspflicht.**

Nur die auf Treib- und ähnlichen Jagden [Drück-, Riegel-, Stöberjagden, Streifen u. dergl.] von einer Mehrheit von Schützen erledigte Wildstrecke ist im Rahmen der folgenden Vorschriften abzuliefern.

§ 3. **1. Schalenwild.**

Ueber Jagdstrecken bis zu 3 Stück Schalenwild [Rot-, Schwarz-, Damm- und Rehwild] kann der Jagdberechtigte frei verfügen. Er kann sie entweder unmittelbar an Verbraucher oder an zugelassene Wildhändler [siehe unten § 11] verkaufen [Mindeststrecke]

§ 4. Der überschießende Teil ist zur einen Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs an Wildbret in der Umgebung des Jagdortes, zur anderen Hälfte zur Ablieferung an die Wildabnahmestelle [siehe unten § 12] bestimmt. Ein bei ungerader Zahl überschießendes Stück ist an die Wildabnahmestelle abzuliefern. Den hiernach für den örtlichen Bedarf bestimmten Teil der Jagdstrecke darf der Jagdberechtigte unmittelbar an die Verbraucher, die innerhalb des Kreises Merseburg ihren Wohnsitz haben, nicht aber an Gastwirtschaftsbetriebe, verkaufen. Soweit dies nicht geschieht, darf er das Wild nur an die Wildabnahmestelle verkaufen, es sei denn, daß die Kreiswildstelle anderweitiges bestimmt.

2. **Niederwild.**

§ 5. Bei Niederwildjagdstrecken findet grundsätzlich eine Dreiteilung mit folgender Maßgabe statt: Ueber ein Drittel der Strecke, wenigstens aber über 10, im Höchstfalle über 50 Stück, kann der Jagdberechtigte frei verfügen. Er kann sie entweder an den Verbraucher oder an zugelassene Wildhändler verkaufen.

Der überschießende Teil ist zur einen Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs, zur anderen zur Ablieferung an die Wildabnahmestelle bestimmt. Die Vorschriften über Ablieferung und Veräußerung von Schalenwild werden hier entsprechend angewandt. Wird soviel erlegt, daß bei der Drittelung dem Jagdberechtigten mehr als 50 Stück Niederwild zur freien Verfügung bleiben würde, so ist der überschießende Betrag dem Teil zuzuschlagen, der zur Ablieferung an die Wildabnahmestelle bestimmt ist. Der Teil, der zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs dient, wird hierdurch nicht vergrößert.

§ 6. Verschiedene Wildarten sind möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Anteile, Stücke, die sich nicht zu einem längeren Transport eignen, in erster Linie auf die zum baldigen Verzehr bestimmten Anteile zu verrechnen. Bei gemischten Strecken von Schalen- und Niederwild ermäßigt sich die dem Jagdberechtigten zur freien Verfügung stehende Mindeststrecke [vergl. oben §§ 3 und 5] auf 1 Stück Schalen- 5 Stück Niederwild. Der Jagdberechtigte ist verpflichtet, das zur Ablieferung bestimmte Wild zweckentsprechend auszusuchen, es bis zur Abnahme sachgemäß zu behandeln, auf Verlangen gegen Erstattung der Transportkosten oder ortsüblichen Fuhrlohns bis zur nächsten Bahnstation schaffen zu lassen und schließlich an die ihm etwa von der Kreiswildstelle bezeichnete Empfangsstelle für Rechnung und Gefahr der Wildabnahmestelle ordnungsgemäß zu versenden. Der Kaufpreis wird dem Jagdberechtigten vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen mit der Wildabnahmestelle Zug um Zug mit der Abnahme gezahlt.

§ 7. Wer Treibjagden abhält oder abhalten läßt, hat dieses spätestens am vorhergehenden Tage der Kriegswildstelle anzuzeigen. Gleichzeitig hat er das voraussichtliche Streckenergebnis schätzungsweise anzugeben.

§ 8. Wird das zur Ablieferung bestimmte Wild nicht spätestens am Tage nach der Jagd abgenommen, so kann der Jagdberechtigte über diesen Teil der Jagdstrecke wie über das Wild von Mindeststrecken [siehe oben § 3] frei verfügen. Wird dem Jagdberechtigten bis spätestens am Tage nach der Jagd mitgeteilt, wohin er das Wild für Rechnung und Gefahr der Abnahmestelle senden soll, so gilt dies als Abnahme.

§ 9. **Wildlisten.**

Der Jagdberechtigte hat über das gesamte Ergebnis seines Jagdbetriebes einschließlich der Anstand-, Such- und Pirschjagden genaue Listen zu führen, aus denen die Jagdart, der Tag der Erledigung und der Verbleib des Wildes zu ersehen sein muß. Er ist außerdem verpflichtet, den zuständigen Behörden [Haupt-, Kreiswild- oder Wildabnahmestelle] die Einsicht in diese Listen zu gestatten.

§ 10. **Behörden.**

Die oberste Leitung des Verkehrs des hiernach zur öffentlichen Bewirtschaftung bestimmten Wildes liegt in der Hand der Hauptwildstelle in Berlin. Sie untersteht der unmittelbaren Aufsicht des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Ihre Hauptaufgabe ist die Sorge für die glatte Zuführung des Wildes an die nach ihrer Bestimmung aus den einzelnen Wildgebieten zu beliefernden Kommunalverbände. Sie kann zu dem Zweck den Kommunalverbänden, Kreiswildstellen, Abnahme- und Empfangsstellen Anweisungen erteilen, auch von ihnen und den einzelnen jagdberechtigten Wildhändlern jede gewünschte Auskunft verlangen.

§ 11. Zur öffentlichen Bewirtschaftung des Wildes wird für den Kreis Merseburg eine **Kreiswildstelle** gebildet, die die Verwaltungsgeschäfte erledigt.

Für die Abnahme und den Versand des Wildes usw. wird eine **Wildabnahmestelle** errichtet. Sie steht unter Aufsicht der Kreiswildstelle und wird vom Wildhändler Wolff verwaltet. Sie zahlt für das Wild den für den Großhandel mit Wild festgesetzten Preis und trägt die Gefahr und die Kosten der Beförderung.

§ 12. **Wildhandel.**

Der Handel mit Wild ist nur den vom Kommunalverband der gewerblichen Niederlassung zugelassenen Wildhändlern gestattet. Nur solche Wildhändler können zugelassen werden, die den Wildhandel bereits vor dem 1. August 1914 betrieben und seitdem fortlaufend steuerzahlend ausgeübt haben. Die zugelassenen Wildhändler erhalten von ihrem Kommunalverbande oder ihrer Kreiswildstelle einen entsprechenden Ausweis.

§ 13. Auf § 7 der Bekanntmachung über Hausschlachtungen vom 19. September 1917 — Nr. 223 des Kreisblattes — wird ausdrücklich verwiesen. Dort heißt es:

„Rot-, Damm-, Schwarz- und Rehwild wird dem Selbstversorger auf die von ihm zu verbrauchende Fleischmenge insoweit angerechnet, als das Kriegsernährungsamt dies bestimmt.

Ueber die Verteilung von Wildpret im eigenen Haushalt und über die Abgabe an Andere hat der Selbstversorger eine Liste zu führen. Darin ist das Nutzgewicht der Tiere und bei Abgabe des Fleisches der Name des Empfängers anzugeben. Die Liste ist auf Verlangen dem Kommunalverband vorzulegen."

§ 14. **Strafen.**

Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben kann auf Einziehung des Wildes, auf das sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob es dem Täter gehört oder nicht.

Merseburg, den 8. Oktober 1917.

Der Königliche Landrat
J. V. Kürsten, Kreissekretär.

---

14 Tage nach dem Heimgange seines Bruders erlitt am 21. September d. Js. bei einem Sturmangriffe den Heldentod mein innigstgeliebter Mann, mein guter Sohn, unser lieber Bruder, Schwiegersohn und Schwager,

der Syndikus

Dr. jur. Adolf Baenitz

Unteroffizier und Offizier-Aspirant.

Merseburg, den 4. Oktober 1917.

Im tiefsten Schmerze:

Else Baenitz geb. Petzold.
Gustav Baenitz, Steuerinspektor.
Karl Baenitz, z. Zt. im Felde.
Molly Baenitz.
C. Petzold und Frau geb. Burkhardt.
Carl Petzold.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Bekanntmachung.

Der Kreis hat das dringenste Interesse daran, daß die Versorgungsberechtigten sich in möglichst großem Umfange mit Kartoffeln eindecken. Anscheinend schreitet **aber die Haushaltseindeckung nicht in dem** gewünschten Umfange vorwärts. **Ich fordere daher alle Kartoffelerzeuger auf, möglichst alle Anträge auf unmittelbaren Ankauf von Kartoffeln gegen Bezugsscheine der Gemeinden zu erfüllen.** Die Kreiskartoffel-Kommissionäre habe ich verständigt, daß sie auf diese Lieferung möglichst Rücksicht nehmen sollen.

Merseburg, den 1. Okt. 1917.
Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.
J.-Nr. 5521 K. W.

Bekanntmachung.

Der Landwirt **Franz Schlegel** in **Meuschau** ist zum Ortsrichter für die Gemeinde Meuschau auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 1. Okt. 1917.
Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.
J.-Nr. 5752 K. A.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 1. Okt. ds. Js. ab wird der Erzeugerhöchstpreis für Eier für den Bereich der Provinz Sachsen auf 25 Pfg. für das Stück festgesetzt.

Magdeburg, d. 28. Sept. 1917.
Provinzialeierstelle, Verwaltungsabteilung.

Veröffentlicht:
Merseburg, d. 1. Okt. 1917.
Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.

Bekanntmachung.

Die Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 16. Juni 1917 (IV. E. Nr. 23846/17) betr. Verbot der Zertrümmerung von Gütern und sonstigen geschlossenen Grundstückskomplexen und des Verkaufs von landwirtschaftlichen Inventar erhält im § 3 als Absatz 1 folgenden Zusatz:

„Für die unter der Leitung der Königlichen Generalkommision in Merseburg im Wege der Rentengutsbildung erfolgenden Aufteilungen von Gütern und geschlossenen Grundstückskomplexen und die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit gilt die Generalkommission als zuständige Behörde."

Magdeburg, den 29. September 1917.

Der stellv. Kommandierende General des IV. A.-K.:
Frh. von Lynker,
General d. Infanterie, à la suite d. Luftschiffer-Batl. Nr. 2.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Landesfleischamtes werden mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten unter Aufhebung der bisherigen Preise für Schlachtschafe mit Wirkung vom 15. Oktober ds. Js. ab folgende Höchstpreise für den Zentner Lebendgewicht ab Stall festgesetzt:

1. Vollfleischige Lämmer und Lammböcke ohne breite Zähne . . . . ℳ 100.—
2. Vollfleischige Hammel u. ungelammte Schafe mit nicht mehr als 4 breiten Zähnen und Schafe mit nicht mehr als 2 breiten Zähnen ℳ 90.—
3. Gutgenährtes älteres Schafvieh . . . . . ℳ 80.—
4. Geringgenährtes Schafvieh jeden Alters, auch Zuchtböcke . . . . ℳ 70.—
5. Minderwertiges abgemagertes Schafvieh jeden Alters, höchstens . . . . ℳ 50.—

Die Festsetzung des Lebendgewichtes erfolgt am Standort der Tiere, unter Abzug von 5 %.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Preisbestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500.— bestraft (Reichsges.-Bl. 1915, S. 607, 728).

Magdeburg, den 2. Oktober 1917.

Viehhandelsverband Provinz Sachsen.
Der Verbandsvorstand.
Kleefeld, Oberregierungsrat.

Futterrüben, Pferdemöhren, Roggen- u. Weizenstroh
suchen zu kaufen
B. Herrich & Co.,
Merseburg. Tel. 395.

Eine neue Pumpe,
Saugrohr und Oberrohr, je 4 Meter lang, zu verkaufen.
Dampfmolkerei Eichstädt
e. G. m. b. H.
zu Niedereichstädt.

Von Dienstag, den 9. Oktober d. Js. kommen die Züge **8895 (W.)** Merseburg (ab 2^{25})—Schafstädt (an 4^{04}) und **8890 (W.)** Schafstädt (ab 5^{00})—Merseburg (an 6^{59}) in Fortfall.

Vom gleichen Tage ab werden die jetzt nur Sonntags verkehrenden Personenzüge **2087 (S.)** Merseburg (ab 2^{25})—Schafstädt (an 3^{19}) und **2092 (S.)** Schafstädt (ab 6^{31})—Merseburg (an 7^{26}) **täglich** vorgesehen, und der Fahrplan des Zuges 2087 wie folgt geändert:

Merseburg	ab	1^{50}
Knapendorf	„	2^{04}
Milzau	„	2^{11}
Lauchstedt	an	2^{17}
	ab	2^{20}
Groß-Gräfendorf	„	2^{30}
Schafstädt	an	2^{38}

Der Fahrplan des Zuges 2092 bleibt unverändert.

Halle (Saale), 1. Okt. 1917.
Kgl. Eisenbahndirektion.

Suche für bald einen
Arbeiter.
Fritz Leberl,
Drogenhandlung.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 betr. Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

§ 1.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung der vom Stellv. Generalkommando IV. A.-K. beauftragten Stellen im Bezirke ihrer Wohnsitz- oder Nachbargemeinde gegen den jeweils ortsüblichen Lohn ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zu übernehmen, welche zur Verhütung oder Behebung von Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Verkehrs und der Volksversorgung, insbesondere zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Be- und Entladung von Eisenbahnwagen oder bei der An- und Abfuhr von Eisenbahngütern und zur Beschleunigung des Wagenumlaufs notwendig werden.

Eigentümer und Halter von Gespannen und Wagen sind verpflichtet, diese auf Aufforderung der zuständigen Stelle gegen die jeweils ortsübliche Vergütung zu dem gleichen Zwecke zur Verfügung zu stellen. Auch eine Heranziehung an Sonn- und Feiertagen ist zulässig.

Für Bezirke in denen auf behördliche Veranlassung eine Arbeitsausgleichstelle oder ein Fuhramt errichtet ist, gilt als ortsüblicher Lohn oder ortsübliche Vergütigung der von diesen Stellen mit Genehmigung der Kriegsamtstelle festgelegte Satz.

§ 2.

Zeugnisse von Kreis- oder anderen beamteten Aerzten befreien, **soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen** Arbeit bescheinigen, ohne weiteres von der Verpflichtung für Arbeitshilfe.

§ 3.

Gegen die Heranziehung zur Arbeit und gegen die Festsetzung der Entlohnung steht die Beschwerde in Landkreisen an den Landrat (Kreisdirektion), in Stadtkreisen an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Entscheidung der Beschwerdeinstanz ist endgültig.

§ 4.

Wer einer auf Grund des § 1 erlassenen Aufforderung ohne ausreichenden Grund nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt am 10. Oktober 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 28. September 1917.

Der stellv. Kommandierende General des IV. A.-K.
Frhr. von Lyncker,
General d. Infanterie à la suite d. Luftschiffer-Bataill. Nr. 2.

Unsere Bürostunden
beschränken sich von jetzt an auf die Zeit
von 8 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.
Kassenschluss 3 Uhr nachm.
Stadtbrauerei Carl Berger.
Eisverkauf findet künftighin Sonntags nicht mehr statt.

Grundstücks-, Acker- u. Wiesenverkauf.

Sonnabend, den 20. Okt. d. Js., findet im Blume'schen Gasthof zu Kötschau (Station Leipzig—Corbetha) nachm. 5 Uhr der Verkauf des gesamten Grundbesitzes der Frau Laura Müller geb. Franke daselbst gehörig, bestehend aus Wohnhaus nebst Stallgebäude und Scheune und ca. 11½ Morgen Acker und Wiese, geteilt oder im ganzen, sowie einer Bockwindmühle nebst Motor (dieselbe kann auch auf Abbruch verkauft werden) öffentlich meistbietend unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen statt.

10 Prozent Bietungskaution sind vom Höchstbietenden zu hinterlegen.

Im Auftrage der Besitzerin
Albert Franke, Auktionator.

Verantwortliche Redaktion: Politik: L. Baltz, Lokales und Vermischtes: K.-H. Görbing, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 233 des Merseburger Tageblattes.

Kreisblatt

Freitag, den 5. Oktober 1917.

Zur Friedensfrage.

Eine neue Papstnote?

Aus Rom meldet „Giorn. d'Italia": Es bestätigt sich, daß der Papst den Ententemächten gleichzeitig mit dem Wortlaut der Antwortnote der Zentralmächte eine zweite Note übermittelt hat, worin er erklärt, **er habe sich davon vergewissert, daß Deutschland bereit sei, Belgien und Nordfrankreich zu räumen.** Der Papst fragt weiter die Regierungen der Entente, ob sie wünschen, daß er an Deutschland das Ersuchen richte, die Bedingungen für jene Räumung genau anzugeben. Er bietet damit direkt seine Vermittlung an. „Giorn. d'Italia" fügt hinzu, man wisse, daß dem Papste die Bedingungen bekannt seien infolge der Besprechungen, welche die Nuntien in München und in Wien mit der deutschen und österreichischen Regierung hatten, wobei aber keine Verbalnote überreicht wurde. Die Nachrichten, auf Grund deren der Papst instande sei, den Alliierten zu erklären, daß Deutschland bereit sei, Belgien und die französischen Provinzen zu räumen, wurden dem Heiligen Stuhl in den Berichten der Nuntien übermittelt. Einer jener Berichte gibt an, unter welchen Bedingungen Belgien geräumt werden soll; es handele sich dabei aber nicht um feststehende Bedingungen, sondern um solche, die erst in den nachfolgenden diplomatischen Verhandlungen beraten werden sollen. Ein Bericht des Wiener Nuntius gibt die österreichischen Bedingungen Italien gegenüber an. In einer anderen Note an die Ententemächte setzt der Papst auseinander, wie er sich die Ausführung des Abrüstungsplanes denkt. Die Militärdienstpflicht solle abgeschafft werden und gegen jene Mächte, welche die Friedensverträge verletzen, soll der Handelsboykott erfolgen. Der Boykott wird durch ein internationales Gericht ausgesprochen, dessen Aufgabe es sein würde, die Verletzung des Vertrages festzustellen.

Die Behauptungen des amtlichen italienischen Regierungsblattes müssen lebhafte Zweifel wecken. In dieser Form können sie bezüglich Deutschlands Verhaltens in der belgischen und nordfranzösischen Frage unmöglich richtig sein, da sie den jüngsten Angaben der deutschen Staatsmänner geradezu ins Gesicht schlagen.

Schweizer Blätter wollen wissen, daß die bevorstehende Antwort der Entente an den Papst so ablehnend ausfallen werde, daß sie die weiteren Friedensbemühungen vorläufig zunichte machen.

Eine Kriegszielerklärung der Entente?

Aus Lugano wird gemeldet: Nach der „Ag. Volta" werden die Verbandsregierungen die Friedensnote des Papstes nicht auf diplomatischem Wege beantworten, sondern eine feierliche Erklärung über die Kriegsziele abgeben.

Zur merkwürdigen Budapester Rede des Grafen Czernin,

die nichts weiter als ein neues Friedensangebot darstellt, äußert sich die „Nordd. Allg. Ztg." in gewundener Bewunderung. Es ist jedenfalls höchst unerfreulich, daß Wien sich erlauben darf, die Erklärungen der Berliner Staatsmänner in sehr extensiver Weise nicht nur zu interpretieren, sondern auch deren entschiedener und nur zu berechtigter Forderung, keine neuen Friedensangebote zu machen, in so ostentativer Weise entgegen zu handeln. Es ist erstaunlich, daß das halbamtliche Berliner Blatt diesen Schlag in den Rücken der deutschen Politik seitens des österreichisch-ungarisch-tschechischen Bundesgenossen auch noch zu verherrlichen sich bestrebt zeigt!

Was droht dem deutschen Bauern?

Das, was dem ganzen deutschen Volke droht, wenn es nicht einmütig zusammenhält, wenn es sich nicht darin einig ist, daß es seine Heimat mit allen Mitteln verteidigen muß: Verlust seiner Heimat, der Scholle, die es von seinen Vätern ererbt hat, für die und auf der er Jahre und Jahre im Schweiße seines Angesichts gearbeitet hat. Verlust und Verwüstung! Und dem allen kann er entgehen, wenn er jetzt hilft die Kraft des deutschen Volkes zu stärken, wenn er Kriegsanleihe zeichnet.

Ungarns Friedensforderungen.

Budapest, 3. Oktober. In Klausenburg fand eine große Versammlung der Aristokratie und Intelligenz statt. An der Versammlung nahmen auch der Kultus- und Unterrichtsminister Graf Apponyi teil. Die Versammlung beschäftigte sich mit den brennenden Fragen der Siebenbürger und Rumänen in Ungarn. Der Hauptreferent der Tagung, Graf Stefan Bethlen, legte ein ausführliches Programm über die Wünsche Siebenbürgens bei der Neuordnung während der Friedensverhandlungen vor.

Vor allem wies er entschieden die Bestrebungen gewisser Bukarester Politiker zurück, die Rumänien mit Oesterreich-Ungarn durch eine Personal-Union verbinden wollen. Ungarn und Siebenbürgen protestieren gegen eine staatsrechtliche Verbindung mit Rumänien. Dagegen sei die Regulierung der Siebenbürger Grenze zugunsten Ungarns von großer Wichtigkeit. Es sei genügend rumänisches Bergland zu okkupieren, mit dem eine wirkungsvolle Verteidigungszone geschaffen werden könne. Ebenso sei ein ungarisches Grenzschutzgebiet zu errichten. Das nationale Problem könne in der Weise gelöst werden, daß nationale Kataster errichtet, und die Bewohner, die mit dem anderen Staate sympathisieren, gegenseitig ausgetauscht werden. Zwischen der Bukowina und Siebenbürgen sei ein Bahnnetz zu bilden, das in strategischer Beziehung Ungarn viel Vorteile bringe. Minister Graf Apponyi betonte, Siebenbürgen müsse eine Grenzfeste Ungarns werden und Ungarn müsse eine militärische und kulturelle Grenze aufbauen. Die letztere Grenze werde er, der Minister, schaffen. Jede Offenbarung der öffentlichen Macht werde hier den Charakter des ungarischen Staates tragen. Siebenbürgen aber bleibe ungarisch. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an.

Deutsches Reich
Politische Rundschau

Hindenburgs Dank und Bitte.

Großes Hauptquartier, 3. Oktober. Mit S. Majestät, meinem allergnädigsten Kaiser, König und Herrn haben weite Kreise des deutschen Volkes Anteil an meinem 70. Geburtstage genommen. Der Tag ist dadurch für mich zu einem Festtage geworden, dessen herrliche Eindrücke bis zu meinem Lebensende fest in meinem Herzen wurzeln werden. Meinen tiefempfundenen Dank kann ich nur auf diesem Wege zum Ausdruck bringen.

Durch alle die ungezählten Beweise freundlicher Anteilnahme zieht sich gemeinsam der Ausdruck des Vertrauens, daß ich mein ganzes Denken und Handeln als braver Diener meines kaiserlichen und königlichen Herrn auch künftig für das Wohl des Vaterlandes einsetzen werde. Diesem allseitigen Vertrauen entnehme ich die Berechtigung zu einer Bitte:

Wir haben dem übermächtigen Ansturm unserer Gegner mit Gottes Hilfe durch deutsche Kraft widerstanden, weil wir einig waren, weil jeder freudig alles tat. So muß es bleiben bis zum letzten „Nun danket alle Gott" auf blutiger Walstatt!

Sorget nicht, was nach dem Kriege wird! Das bringt nur Mißmut in unsere Reihen und stärkt die Hoffnung unserer Feinde. Vertraut, daß Deutschland das erreichen wird, was es braucht, um für alle Zeiten gesichert dazustehen! Vertraut, daß der deutschen Eiche Licht und Luft geschafft wird zu freier Entfaltung. Die Muskeln gestrafft, die Nerven gespannt, das Auge geradeaus! Wir sehen das Ziel vor uns: ein Deutschland hoch in Ehren, frei und groß! Gott wird mit uns sein bis zum siegreichen Ende!

„Kein Wort mehr vom Frieden, bis der Sieg unser ist."

Hindenburg hat auf eine vom Elberfelder Kreiskriegerverband zu seinem 70. Geburtstage gerichtete Glückwunschdrahtung geantwortet:

„Den alten wackeren Kameraden des Elberfelder Kreiskriegerverbandes herzlichen Dank für das freundliche Gedenken und die guten Wünsche zu meinem Geburtstage. Ich freue mich, daß die alten Krieger für Ordnung hinter der Front sorgen, damit wir unsere Blicke unbekümmert nur vorwärts auf den Feind richten können. Die Zähne zusammengebissen! **Kein Wort mehr vom Frieden,** bis die blutige Arbeit vollendet und **der Sieg unser ist.** Das muß des ganzen deutschen Volkes Losung sein."

Empfang beim Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Michaelis hatte am Mittwoch zu seinem ersten parlamentarischen Abend gebeten. Herr von Bethmann hatte während des Krieges die früher üblichen Empfänge ganz einschlafen lassen, die sich zur Zeit des Fürsten Bülow, als auch Kunst und Wissenschaft vertreten waren, einer wohlbegründeten Beliebtheit erfreuten. Diesmal war der Anstrich rein politisch, zudem die Einladung durchaus kriegsgemäß: nach 9 Uhr abends, also nach Tisch. Ein Glas Wein oder Bier, dazu eine Zigarre, das war alles. Im übrigen war der äußere Rahmen in den historischen Räumen des Reichskanzleramtes der altgewohnte. Die Vertreter der Parteien waren in großer Zahl erschienen, auch die Sozialdemokraten, daneben die Mitglieder des Bundesrats, die Staatssekretäre und höheren Beamten der Reichsämter und die Presse. Man merkte, nach den „Lpz. N. Nchr.", dem Kanzler zunächst noch an, daß ihm der Boden, auf dem er sich bewegte, etwas ungewohnt war. Indessen machte er den aufmerksamen Wirt, der für jeden seiner Gäste ein freundliches Wort hatte, und so verging in zwanglosen Gruppen der Abend sehr rasch in lebhaften politischen Gesprächen.

Günstiger Stand der 7. Kriegsanleihe.

Berlin, 3. Oktober. Die Einzahlungen auf die 7. Kriegsanleihe haben, obwohl erster Pflichtzahlungstermin der 18. Oktober ist, bereits seit dem 29. September einen außerordentlich großen Umfang angenommen, so daß der bisher festgestellte Betrag den während der gleichen Zeit bei der 6. Kriegsanleihe eingezahlten erheblich übersteigt. Diese sehr erfreuliche Tatsache sollte für jedermann eine Mahnung sein, mit dafür zu sorgen, daß das Endergebnis der Zeichnungen den zurzeit zulässigen hohen Erwartungen entspricht.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim

92]

„Nicht doch!" widersprach ihr Heinz ruhig. „Für die Aufklärung des geheimnisvollen Mordes haben Ihre Beziehungen zu Otto Martens sehr große Bedeutung. Und es ist Ihre Pflicht gegen den Toten, offen zu reden."

„Meine Pflicht gegen den Toten!" wiederholte sie bitter. „Von meinen Verpflichtungen gegen ihn hat mich Manring oder Martens, wie er nun in Wirklichkeit heißen mochte, schon zu seinen Lebzeiten entbunden. Und ich versichere Ihnen, daß ich nichts, gar nichts zur Aufklärung des Verbrechens beitragen kann."

Da erhob sich Herbert, um schweigend der Logentür zuzugehen. Heinz wollte eine Frage an ihn richten; aber ein Blick des Freundes bedeutete ihm, ihn ruhig gehen zu lassen.

Die Frau folgte Wehringen mit den Blicken, bis sich die Tür hinter ihm geschlossen hatte. Und dann fragte sie wie in mühsam unterdrückter Furcht:

„Wer ist der Herr? Doch nicht — —"

„Nein, er ist nicht von der Polizei," ergänzte Heinz verständnisvoll ihre Rede. „So wenig, wie ich es bin. Und ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse: seien Sie aufrichtig gegen mich! In mir haben Sie nur einen Menschen vor sich, der rein menschliches Interesse an dem Schicksal Ihres — — an Otto Martens Schicksal hat. Was Sie mir sagen, wird ohne zwingende Notwendigkeit kein Dritter erfahren. Verweigern Sie mir aber jede Auskunft, so werden Sie möglicherweise sehr bald einem Polizeibeamten Rede stehen müssen, und das wird immerhin unangenehmer für Sie sein."

Die kleine Frau schien sich gleichsam in sich selbst zurückzuziehen. Und ihre Hände, die sich krampfhaft um die gestrickten Handschuhe geschlossen hatten, zitterten.

„Sie sollten mir nicht drohen!" sagte sie. „Ich werde auch einem Polizeibeamten nichts sagen können, weil ich nichts weiß."

Dabei irrten ihre Blicke in dem Raum umher, als suche sie nach einem Ausweg, durch den sie entschlüpfen könne. Die Vorstellung hatte schon begonnen, und das Theater war bis auf den letzten Platz gefüllt. Heinz mußte fürchten, daß sie eine Szene hervorrufen würde, wenn er versuchte, sie wider ihren Willen festzuhalten oder sie zu verfolgen. Aber er versuchte es noch einmal mit gütlicher Ueberredung.

„Sagen Sie mir wenigstens, wer Sie sind und wie Sie zu Otto Martens standen!" bat er. „Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß man Sie dann in Ruhe lassen wird. Sagen Sie nicht nein! Ich spreche in Ihrem eigenen Interesse. Denn wenn Sie jetzt von mir gehen, ohne mich darüber zu unterrichten, wird man Ihnen von polizeilicher Seite nachforschen müssen, und es werden Ihnen eine Menge Unannehmlichkeiten und Scherereien erwachsen. Denn in diesem Fall vermag ich Ihnen keine Hilfe zu leisten. Vertrauen Sie sich mir aber offen an, werde ich selbst darüber wachen, daß man Ihnen in keiner Weise zu nahe tritt. Und Sie erweisen der Gerechtigkeit damit einen großen Dienst."

Aber die Frau schüttelte beharrlich den Kopf.

„Ich erweise niemandem einen Dienst damit, denn es hat nichts mit dem Verbrechen zu schaffen," erklärte sie. „Und ich flehe Sie an, hetzen Sie die Polizei nicht auf mich! Ich habe schon so viel gelitten. Und ich kann ja doch nichts sagen, was ich nicht weiß! Bitte, lassen Sie mich in Frieden meiner Wege gehen."

Da sagte Heinz fest und energisch:

„Glauben Sie denn wirklich, daß Sie sich selbst mit Ihrer Verschlossenheit einen Dienst erweisen? Glauben Sie wirklich, daß ich nicht ohnedies erkannt habe, wer Sie sind?"

Die Frau erhob sich rasch und streifte zitternd die Handschuhe über die mageren Finger.

„Es geht keinen Menschen etwas an, wer ich bin," sagte sie. „Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilungen. Aber wenn Sie menschlich fühlen, so bekümmern Sie sich nicht weiter um mich und glauben Sie mir, daß ich über Martens' Ende nichts weiß."

Sie war hinausgeschlüpft, ehe Heinz sie hätte zurückhalten können. Er schwankte nun doch, ob er ihr nicht folgen sollte. Aber die Furcht, daß sie in ihrer Angst einen Skandal provozieren könne, hielt ihn zurück, und untätig starrte er auf die Bühne, ohne viel anderes zu sehen, als eine Anzahl leuchtender und sich bewegender Flecke.

Gleich darauf kam Herbert zurück. So ruhig und gelassen, wie er gegangen war, nahm er seinen Platz wieder ein und fragte nur, seine Stimme zu einem Flüstern dämpfend:

„Nun? Haben Sie etwas ausgerichtet?"

„Nichts!" entgegnete Heinz niedergeschlagen und wiederholte ihm, was er in der Abwesenheit des Freundes noch mit der Frau gesprochen hatte. Herbert zeigte sich nicht im mindesten erstaunt. Mit einem Kopfnicken meinte er:

„Ich hatte es nicht anders erwartet. Denn ich bemerkte ja, daß die Frau irgendeine triftige Veranlassung hatte, sehr schweigsam zu sein. Und eben deshalb mußte ich Sie vorhin verlassen!"

„Eben deshalb?" wiederholte Heinz verständnislos. „Wie soll ich das verstehen?"

„Wir durften die Frau unter keinen Umständen gehen lassen, ohne zu erfahren, wer sie eigentlich ist und wo wir sie finden können. Aber es wäre ein gefährliches Wagnis gewesen, sie in dem Zustand, in dem sie sich befand verfolgen zu wollen. Und weil ich voraussah, daß sie jede Auskunft über ihre Person verweigern würde, bin ich zu dem Pförtner gegangen und habe ihn gebeten, mir eine Person zu bezeichnen, der man einen distreten Auftrag vertrauensvoll geben könne. Solche Personen finden sich an einem Variete-Theater stets; und nach zwei Minuten schon brachte er mir einen Menschen zur Stelle, der mir hinsichtlich seines Geschicks und seiner Schlauheit einen vertrauenerweckenden Eindruck machte. Ihm gab ich den Auftrag, der Frau unauffällig zu folgen, falls sie etwa das Theater verlassen sollte, ihre Adresse und womöglich ihren Namen in Erfahrung zu bringen. Verlassen Sie sich darauf, in einer Stunde haben wir den gewünschten Bescheid."

Heinz erkannte an, daß der Freund sich diesmal klüger und voraussehender erwiesen hatte als er selbst

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0005

Deutscher Reichstag

Berlin, 3. Oktober. Am Tische es Bundesrates Dr. Helfferich, Wallraf, Dr. Schwander, von Krause. Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Vorlage, wonach für ausgeschiedene Beisitzer der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte Ersatzmänner berufen werden können, die nach kurzer Aussprache an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen wird.

Es folgen

Petitionen.

Bei einer Petition auf Freigabe von Sohlenleder für die Schuhmacher spricht sich Abg. **Brühn** (Soz.) für Beschlagnahme der in den Familien der Wohlhabenden befindlichen überflüssigen Schuhe aus. Die übrigen Petitionen werden ohne Aussprache erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Gesetzes über die

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Abg. **Bell** (Zentr.): Die Kosten für diese Vorlagen werden eine Milliarde überschreiten. Wir haben umrechnen gelernt. An Stelle der Millionenvorlagen sind die Milliardenvorlagen getreten. Das Gesetz will der Frage der Entschädigung der Reedereien nicht vorgreifen, das kann erst nach Friedensschluß geschehen, sondern Beihilfen für den Wiederaufbau unserer Handelsflotte gewähren. Der Gedanke eines Reichsmonopols wäre nirgends so verhängnisvoll wie bei der Handelsflotte. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß wir auf eine Reihe von Jahren von der schwindelhaften Höhe der ausländischen Frachten verschont bleiben. — Abg. **Schumann** (Soz.): Wir sind grundsätzlich mit der beschleunigten Inangriffnahme von Maßnahmen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte einverstanden. — Abg. **Carstens** (Fortschr.): Wir stimmen der Vorlage, wenn auch nicht leichten Herzens, zu. Die größten Bedenken haben wir gegen die finanzielle Belastung der Reichskassen gegen die Vorlage. — Abg. **Stuckmann** (Natl.): Wir begrüßen die Vorlage mit großer Genugtuung. Wir stehen vor ganz ungeheuren Zerstörungen der deutschen Schiffahrt. Da muß mit fester Hand und gründlich vorgegangen werden. Ein steigender Hunger nach deutschem Schiffsraum im Auslande zeigt sich bei unseren Feinden. Neutrale Mächte sind nur deswegen in den Krieg gezogen worden, weil man die deutschen Schiffe, die dort lagerten, haben wollte. Die Schiffsraumfrage ist für die künftige wirtschaftliche Stellung des Reiches entscheidend. An eine Verstaatlichung ist nicht zu denken.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr: Interpellation der Sozialdemokraten über die Agitation für die Vaterlandspartei und über die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, Vorlage zur Vereinfachung der Rechtspflege, Weiterberatung der Vorlage über den Wiederaufbau der Handelsflotte.

Abg. **Dittmann** (U. S.) bittet, die Frage der Schutzhaft auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu stellen. — **Präsident Dr. Kaempf:** Der Aeltestenausschuß wird sich morgen mit der Frage beschäftigen. — Schluß 6½ Uhr.

Hauptausschuß über Zwangs-Syndikate.

In der Mittwochberatung des Hauptausschusses über die Zwangs-Syndikate führte Abgeordneter **Dr. Stresemann** aus: Die Art, wie die Zwangs-Syndikate in der Schuhwaren- und Seifenindustrie ausgebaut sind, geben zu Bedenken Veranlassung. Der Beirat ist nur ornamentaler Schmuck. Die Provinzialgesellschaft hat kein Bestimmungsrecht, nur der Ueberwachungsausschuß hat entscheidende Befugnisse. Die Mitglieder sind nicht Vertrauenspersonen der Interessenten, sondern werden vom Reichskanzler ernannt. Der Reichskommissar hat das Vetorecht, also ist der Ueberwachungsausschuß nichts weiter als ein bedeutungsloser Beirat. Dabei ist das Schicksal der Fabrikanten ganz in die Hand des Zentral-Syndikats gelegt, und es besteht die Gefahr, daß in dem einen Bezirk ein Industriezweig blutleer ist, im anderen hypertrophisch gemacht wird. Der Mittelstand ist der Leidtragende. Die Großen werden noch größer. Wenn die normalen Verhältnisse wiederkehren, ist der Kleine und Mittlere der Maschinen und Mittel usw. beraubt. Die Interessenten haben keine Gelegenheit gehabt, sich über die Zentral-Syndizierung zu äußern. Für die Schwerindustrie ist die Syndizierung das Gegebene, für die Veredelungs- und Fertigindustrie kann sie tödlich wirken. Man muß Sicherheiten dafür haben, daß diese Zwangsgebilde mit dem Kriege aufhören. Auch für ihr Bestehen aber muß die Rechtlosigkeit der Syndikatsmitglieder beseitigt werden.

Vizekanzler **Dr. Helfferich:** Es handelt sich um Notmaßnahmen. Wenn auch manches bleiben müsse, so das behördliche Zusammenwirken mit den das Wirtschaftsleben stützenden Kräften, so dürfe doch das Prinzip nicht allzu weit ausgedehnt werden, und die als unerwünscht erkannten Maßnahmen müßten später tunlichst bald wieder aufgehoben werden. Der Gedanke der Organisierung des Wirtschaftslebens sei an sich nicht von der Hand zu weisen, dürfe aber nicht soweit verfolgt werden, daß eine volkswirtschaftliche, der privaten Initiative entbehrende Maschine zustande käme. Vielmehr müsse die private Initiative als die treibende Kraft gestärkt werden. Die Zwangssyndizierung sei erst auf 2. Gebieten durchgeführt und das beweise, wie vorsichtig das Vorgehen sei. Ohne das behördliche Eingreifen hätte der Wettlauf um die Rohstoffe die kleinen Unternehmer der Schuh- und Seifenindustrie vernichtet. Die Schaffung eines Ausgleichs sei der Zeit der Uebergangswirtschaft vorbehalten.

Zu der weiteren Beratung wurde vom Zentrum der Antrag vorgelegt: Bei Schaffung von Zwangssyndikaten sich auf das alleräußerste Maß zu beschränken, sowie darauf hinzuwirken, daß die Güter der Zwangssyndikate bei Ausübung ihrer Wirksamkeit die kleinen und mittleren Betriebe nach Möglichkeit schonen, und bei den unbedingt notwendigen Einschränkungen den Interessen der einzelnen Landesteile tunlichst Rechnung tragen. Ministerialdirektor **Müller** sprach dann die Hoffnungen aus, daß die vielen Klagen über die allzu hohen Schuhpreise nun aufhören würden, nachdem aufgeklärt sei, daß die hohen Preise durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt seien und daß Behörden und Organisationen keine Schuld daran treffe. Man werde auch alles tun, um trotz der Lederknappheit einer Schuhnot durch rechtzeitige Herbeischaffung der entsprechenden Ersatzstoffe zuvorzukommen.

Der Chef des Kriegsamts Generalmajor **Scheuch** erklärte gegenüber Befürchtungen, die von konservativer Seite erwähnt wurden, daß wir aus Mangel an Rohstoffen in kurzer Zeit den Krieg nicht mehr fortsetzen können: Wir sind in Bezug auf unsere Rohstoffe, die wir im wesentlichen zur Erzeugung von Geschützen und Munition brauchen, nicht allein auf den Vorrat angewiesen. Wir können mit dem Vorrat auch gar nicht auskommen, sondern müssen auch auf die Erzeugung zurückgreifen, und diese ist in gutem Gange. Der Einblick den ich in diese Verhältnisse hier im Kriegsamt und in den dem Kriegsamt nachgeordneten Behörden und anderen Organisationen begonnen habe, erfüllt sich mit voller Zuversicht. Wir haben im vorigen Jahre zeitweise Schwierigkeiten in der Herstellung gehabt, die in den Transportschwierigkeiten lagen. Sie sind überwunden worden. Diese Schwierigkeiten des vergangenen Winters sind für uns und für diesen Winter Erfahrungen. Im weiteren Verlaufe der Debatte stellte Unterstaatssekretär Dr. **Schwander** fest, er habe früher ausdrücklich erklärt, mit Exzellenz Helfferich übereinzustimmen, daß die Syndikate nur so lange aufrecht zu erhalten wären, als die infolge des Krieges entstandenen Wirtschaftsverhältnisse es unbedingt erforderten.

Nachdem Oberstleutnant **Köth** noch erklärt hatte, daß die Kriegsgesellschaften nicht Gewinne machen wollen, aber sichergehen müßten, damit sie kein Defizit haben, und daß in jeder Gesellschaft Reichstagsmitglieder sitzen, die sich genau informieren können, wurden sämtliche vorliegende Anträge angenommen, und der Ausschuß vertagte sich auf Freitag vormittag. Zweite Lesung des Nachtragsetats, Besoldungsgesetz, Dienstpflicht der Ausländer, Zensur.

Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik

beschäftigte sich am Mittwoch mit dem zweiten Teilbericht über den Schutz der Mütter und Kinder, den Abgeordneter Dr. Quark (Soz.) vorgelegt hatte. Es wurde beschlossen, eine zweite Lesung der ganzen Materie stattfinden zu lassen und nach deren Beendigung den Bericht endgültig zu verabschieden.

Aus Stadt und Umgebung

Beschaffung eines Knochen-Autoclaven.

Ein Magistratsantrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung lautet: „Die Beschaffung eines Knochen-Autoclaven für Unterfeuerung zwecks Gewinnung des Fettes aus den Knochen wird genehmigt. Die hierzu nötigen Mittel, geschätzt auf 4250 Mark, werden in Ausgabe-Zugang bei der einmaligen Ausgabe im Nachtragshaushaltsplan des Behelfsschlachthauses Kapitel B Titel 1 in Ausgabe-Zugang bewilligt."

Bekanntlich enthalten die Knochen unserer Schlachttiere eine große Menge von Fett, das jetzt tunlichst restlos gewonnen werden muß, um es, soweit es sich um Speisefett handelt, für den menschlichen Genuß zu verwerten, während die unverwertbaren Rückstände für technisches Fett und Leimfabriken zur Verwendung kommen. Hierfür sind nun verschiedene Apparate gebaut worden, die das Fett den Knochen möglichst restlos entziehen sollen. Wie durch persönliche Anschauung und Rücksprache bei einer entsprechenden Anlage in Weißenfels festgestellt ist, arbeitet der dort aufgestellte Knochenautoclav des jetzt hier auch zur Anschaffung empfohlenen Systemes so ausgezeichnet, daß er sich in ganz kurzer Zeit durch die Gewinnung des Fettes aus den Knochen bezahlt gemacht hat. Dazu kommt noch der weitere Vorteil, daß durch diese Behandlung die Knochen derartig zermürbt werden, daß die Rückstände als ein sehr gesuchtes Hühnerfutter Verwendung finden können. Wenn auch zunächst hier von einer Anschaffung des gleichen Apparates bei Errichtung des Behelfsschlachthauses Abstand genommen werden mußte, weil nach der Auskunft von Weißenfels diese Apparate nur für Schlachthäuser in Frage kämen, auf denen die nötige Menge Dampf zur Verfügung stände, so ist uns jetzt das Angebot gemacht worden, einen solchen Apparat für Kohlenunterfeuerung erwerben zu können. Dieser Apparat ist so eingerichtet, daß er später, lediglich nach der Entfernung der Ummauerung, in den künftigen Schlachthof eingebaut werden kann, so daß er nicht etwa verloren ist, wenn die Behelfsschlachthalle aufhört. Die Gewinnung von Fett aus Knochen wird auch nach Ablauf des Krieges immer noch ein wichtiges Gebiet bleiben und ein derartiger Apparat wird immer wirtschaftlich günstig arbeiten und für eine ordnungsmäßige Schlachthofsanlage notwendig sein.

Wenn natürlich hier, wo eine besondere Unterfeuerung mit Kohlen eintreten muß, eine so schnelle Abschreibung des Apparates nicht denkbar ist, wie das in Weißenfels geschehen ist, so ist doch nach Urteil der Sachverständigen mit Sicherheit zu erwarten, daß der Apparat sich doch in nicht allzu langer Zeit bezahlt machen wird.

Die Hauptsache ist aber, daß durch ihn erheblich größere Mengen Fett aus den Knochen gewonnen werden können, als dies bei dem gewöhnlichen jetzigen Auskochen der Knochen im offenen Kessel möglich ist. Das so gewonnene Fett soll dann für die städtische Wurstfabrikation mit verwendet werden, da die Wurst dadurch, daß sie immer weniger Schweine geliefert erhalten, und dadurch, daß die Schweine jetzt so gut wie überhaupt keinen Speck mehr auf dem Leibe haben, immer weniger fett gemacht werden kann. Es ist dies ein Umstand, der leider in den Verhältnissen liegt und an dem die Wursthersteller als solche unschuldig sind. Unter gleichen Verhältnissen könnte in keiner Fleischerei eine fettere Wurst hergestellt werden. Um aber wenigstens alles getan zu haben, um die Wurst tunlichst fettreich zu gestalten, ist es nach Ansicht des Magistrats notwendig, auch diesen Autoklaven für uns anzuschaffen. Auch der Umstand, daß die Knochen als Hühnerfutter verwendet werden können, ist für die Hühnerhalter und für die Eiererzeugung von Wichtigkeit.

Da Mittel sonst nicht zur Verfügung stehen, ist es notwendig, die einmalige Ausgabe für das Behelfsschlachthaus um die entsprechende Summe zu verstärken. Auch hier ist zu hoffen, daß die Ausgabe nicht dauernd die städtischen Mittel belasten wird, sondern sich durch die entsprechende Einnahme wieder ausgleichen wird.

Die Entmündigung des Prinzen Leopold.

Am 3. Oktober wird vor dem Geheimen Justizrat am Kgl. Kammergericht die Anfechtungsklage des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen (Sohn) gegen die über ihn durch den Kammergerichtsrat Schroeder unter dem 21. Juni 1917 ausgesprochene Entmündigung wegen Verschwendung verhandelt werden. Die Klage richtet sich dem Gesetze entsprechend gegen den König von Preußen und den Preußischen Hausminister.

Der am 27. August 1895 geborene Prinz war trotz seines Herzleidens bei Kriegsbeginn in das Heer eingetreten. Er mußte wegen Verschlimmerung seines Zustandes den Dienst aufgeben und ging nach München, um seine künstlerischen Studien wieder aufzunehmen. In München hat sich der Prinz eine Mietwohnung eingerichtet und seinem Geschmacke gemäß mit alten Möbeln, Gemälden und kostbaren Werken der Kleinkunst ausgestattet. Dieses Haus wurde bald der Mittelpunkt eines Kreises von Männern der Kunst und Wissenschaft. Auch verkehrten in ihm freundschaftlich die Angehörigen des Kgl. bayerischen Hauses und andere Fürstlichkeiten, bis dem Prinzen durch Befehl des Kaisers der Aufenthalt in München untersagt wurde. Die Aufwendungen, die der Prinz für Wohnung und Kunstsammlungen gemacht hat, bilden in der Hauptsache die Unterlage für die Beschuldigung der Verschwendung und zu dem Antrag der Entmündigung.

Die Eltern haben inzwischen die gesamten Verpflichtungen gedeckt. Bei den Gläubigern, die anfänglich durch die Maßnahmen des vom Hausministerium bestellten vorläufigen Vormundes in Unruhe gekommen waren, ist deshalb bereits Beruhigung eingetreten.

In der Anfechtungsklage wird der Nachweis angetreten, daß die Anschaffungen von Möbeln und Kunstwerken mit Ueberlegung und Geschmack vorgenommen worden seien und daß dadurch nicht nur kein Vermögensverlust eingetreten sei, sondern daß der Wert der Gegenstände heute ihren Ankaufspreis erheblich übersteige; vor allem aber sei unter den Ausgaben des Prinzen keine auf Spiel oder eine andere seiner nicht würdige Beschäftigung zurückzuführen; auch erklären sich die Anschaffungen zum großen Teile mit dem Plane einer Eheschließung des Prinzen mit der Prinzessin Marie Antoinette von Schwarzburg, Tochter des designierten Nachfolgers des jetzt regierenden Fürsten beider Schwarzburgischen Lände. Demnach liege die Voraussetzung einer Entmündigung nicht vor, die nur eintreten könne, wenn der zu Entmündigende sich oder seine Familie der Gefahr eines Notstandes aussetze. Außerdem greift die Anfechtungsklage die juristische Zulässigkeit des Verfahrens an.

Dem Vernehmen nach wird der Prinz persönlich dem Termin beiwohnen. Seine Vertretung liegt in den Händen des Justizrats des prinzlichen Hauses, Justizrats Dr. Lubszynski, und Rechtsanwalts Dr. Werthauer. Außerdem ist Rechtsanwalt Wolfgang Heine mit der Vertretung beauftragt.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der zahlreich einlaufenden Anträge auf Ueberlassung von Militärpferden gibt das stellvertretende Generalkommando IV. A. K. folgendes bekannt:

Die unmittelbare käufliche Abgabe von dienstunbrauchbaren Militärpferden seitens der Truppenteile ist grundsätzlich ausgeschlossen. Sämtliche für den Militärdienst unbrauchbaren Pferde müssen bestimmungsgemäß den Landwirtschaftskammern zum Verkauf überwiesen werden. Anträge auf käufliche Ueberlassung solcher Pferde sind daher nur an die zuständigen Landwirtschaftskammern zu richten. Berücksichtigungen können jedoch in erster Linie nur solche Pferdehalter finden, die unverschuldet in Not geraten und nicht in der Lage sind, sich im freien Handel, die erforderlichen Spannkräfte zu beschaffen.

Gesuche wegen leihweiser Ueberlassung von Militärpferden sind durch Vermittelung der zuständigen Zivilbehörde (Landrat, Kreisdirektion, Magistrat) woselbst auch die Leihbedingungen eingesehen werden können, unmittelbar an den nächstgelegenen, berittenen Ersatztruppenteil zu richten.

Anträge in diesen Angelegenheiten an das stellv. Generalkommando haben nur Verzögerung der Erledigung zur Folge.

Merseburg, den 2. Oktober 1917.

Der Königliche Landrat.
J.-Nr. 11886L. A. V.: v. Grone.

Lehrgang über Obstschnitt u. Obstbaumpflege.

Nach Mitteilung des Herrn Königlichen Landrats sollen im Laufe des Winters [von Mitte November bis Anfang April] in den Gemeinden Lehrgänge über Obstschnitt und Obstbaumpflege abgehalten werden. Die Lehrgänge haben den Zweck durch praktische Unterweisung den Teilnehmern eine gründliche Anleitung in der Behandlung von Obstbäumen zu geben. Zur Unterweisung sollen Straßenanpflanzungen und Privatpflanzungen herangezogen werden.

Der Lehrgang dauert zwei Tage. Zu einem Lehrgang gehören mindestens 15, aber nicht mehr als 50 Teilnehmer.

Lehrgangsfolge:

Erster Tag:

Vorm. von 8—12 Uhr, Schnitt der Hochstämme und deren Pflege;
Nachm. „ 2—4½ „ Schnitt der Zwergobstbäume;
„ von 4½—5½ „ Vortrag über Ansprüche der einzelnen Obstarten an Lage, Klima u. Boden.
„ „ 5½—6½ „ Besprechung des Vortrages und der Arbeiten des Tages.

Zweiter Tag:

Vorm. von 8—10 Uhr, Schnitt des Beerenobstes u. des Weinstockes;
„ „ 10—12 „ Uebungen im Veredeln;
Nachm. „ 2—3 „ Vortrag über Veredeln;
„ „ 3—4½ „ Verjüngen und Veredeln von Obstbäumen;
„ „ 4½—5½ „ Vortrag über Schnitt und Pflege der Obstbäume;
„ „ 5½—6½ „ Besprechung der Vorträge u. der Arbeiten des Tages.

Anmeldungen haben bis **spätestens zum 15. Oktober 1917, nachm. 5 Uhr** im Rathaus, eine Treppe, Gewerbebüro, Zimmer Nr. 16, zu erfolgen.

Merseburg, den 29. September 1917.

L.-A. II. 2351/17. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Infolge der Teuerungs-Zulagen sind wir genötigt, die Tagelohnsätze für Bauarbeiten vom 1. Oktober an bis auf weiteres wie folgt festzusetzen:

1 Maurer- od. Zimmerergesellen-Stunde 1,20 Mk.
1 Arbeiter-Stunde 1,10 Mk.

Merseburg, den 4. Oktober 1917.

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe von Merseburg und Umgegend (E. V.)
G. Graul, Vorsitzender.

Die Innung der Baugewerke des Kreises Merseburg.
C. Günther, Obermeister.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 6. Okt. 1917 statt

bei Hoffmann, Obere Breitestraße Nr. 4

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 301—400
„ „ 3—4 „ „ „ „ 401—500

Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.

Merseburg, den 4. Oktober 1917.

L.-A. I. 420/17. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171005-18/fragment/page=0006